

BERLÄYN 12/17

international Nummer 149

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit der Senatsinitiative Berlin braucht dich! konnte in zehn Jahren der Anteil der neuengestellten Azubis mit Migrationshintergrund beim Land Berlin von 8,7 % auf 25,1 % gesteigert werden.

Heute nun gaben Dr. Franziska Giffey, Neuköllner Bezirksbürgermeisterin, gemeinsam mit Andreas Germershausen, dem Integrationsbeauftragten des Berliner Senats, den Startschuss für die Kampagne „Ausbildung – Eine Frage der Einstellung“, die für eine interkulturell geöffnete Ausbildung werben soll. Mehr Informationen dazu auf [Seite 4](#) dieser Ausgabe.



Neujahr wird 2018 in Berlin außer am 1. Januar mindestens zehn weitere Male gefeiert. Ein Grund, Sie nochmals auf unseren Interkulturellen Kalender für das Jahr 2018 aufmerksam zu machen, der auch als nettes Giveaway für den Jahreswechsel geeignet ist. Der Kalender kann noch bei uns bestellt werden. Weitere Infos auf [Seite 5](#).

Der Blick in das Inhaltsverzeichnis auf den [Seiten 2 und 3](#) gibt Auskunft über die weiteren Themen dieser Ausgabe. Vielleicht finden Sie dort ja die eine oder andere Meldung von Interesse.

Die Redaktion wünscht Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Berliner Integrationsbeauftragten frohe Festtage, eine friedvolle Zeit und schon jetzt ein gutes neues Jahr 2018.

Bleiben Sie zuversichtlich und gesund!

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am **29.12.2017**.

Redaktionsschluss für die Ausgabe Januar 2018 (Nr. 150) ist der **20.12.2017**.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/-löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugesandtes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung mit Quellenangabe erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, I AbtL 22; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/service/newsletter/>
30.11.2017 [2.058 | Jahrgang 34]



Der [interkulturelle Kalender](#) für den Monat Dezember:

- 1 Muhammads Geburtstag
- 2
- 3 1. Advent, Int. T. d. Menschen m. Behinderungen
- 4
- 5
- 6 St. Nikolaus
- 7
- 8
- 9
- 10 2. Advent, Erklärung der Menschenrechte
- 11
- 12
- 13 Chanukka –20.12., Fest der Lucia
- 14
- 15 Èzidfest der Jesiden
- 16
- 17 3. Advent
- 18 Int.Tag der Migranten
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24 4. Advent, Heiligabend
- 25 Weihnachtsfest Ev./Kath./Orth. n. gregorian. Kal.
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31 Silvester

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

Kampagnenstart: „Ausbildung – Eine Frage der Einstellung“	4
Namhafte Hauptstadtbetriebe stärken Ausbildung als Integrationskraft	4
Polizei als wichtiger Integrationsmotor –	4
Berlins Beauftragter für Integration und Migration zu den Berichten um die Polizeiakademie Berlin	4
Wichtige Termine in der Einwanderungsgesellschaft – der Interkulturelle Kalender 2018	5
Rückblick: 'Integration im Dialog' in Pankow	6
Rückblick: 'Integration im Dialog' in Charlottenburg-Wilmersdorf	6
Medienschau	7
Romact-Veranstaltung: Interkulturelles Training. Workshop-Termine im Dezember	7
Härtefallfonds Berufsanerkennung Berlin:	8
Land Berlin reagiert mit Förderprogramm auf den erhöhten Fachkräftebedarf	8
Ab 01.09.2018: Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten. Frist: 10.01.2018	8
Das Willkommen-in-Arbeit-Büro Spandau präsentiert sich neu	9

Aus dem Landespressedienst

Staatssekretär Krach zum Studierendenanstieg in Berlin	10
Müller zum 500-jährigen Reformationsjubiläum	10
Berliner Ausbildungsstellenbilanz 2016/2017	11
Müllers Antrittsrede als Bundesratspräsident	12
Scheeres eröffnet Jugendaktionsraum am Alexanderplatz	13
Innensenator Andreas Geisel zur aktuellen Diskussion über die Polizeiakademie	14
Senat richtet Zentrale Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen ein	14
LSBTI-Geschichte entdecken Leitfaden veröffentlicht	14
Alle Jahre wieder: ADVENT IM WALD	15
Kampagne „Farben bekennen“ wirbt für gesellschaftliches Engagement	15
Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an den Humanistischen Verband Deutschlands – Landesverband Berlin Brandenburg e.V.	16
Kampagne gegen Gewalt gegen öffentlich Bedienstete: „Zeit, einfach mal Danke zu sagen!“	16
Verkaufsoffene Sonntage für das erste Halbjahr 2018 in Berlin festgelegt	16
Sprachliche Vielfalt in Berlin als Reichtum begreifen und im Unterricht weiterentwickeln!	17
Tamaja Berlin GmbH wird Betreiberin der Tempohomes am Columbiadamm	17
Flüchtlingskoordinatorin zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen:	18
Geflüchtete Frauen brauchen besonderen Schutz	18
Fête de la Musique 2018 gesichert	18
„Farben bekennen“ für unsere freie, offene und tolerante Gesellschaft:	19
Regierender Bürgermeister lädt zur Abschlussfeier ins Rote Rathaus am 2. Dezember 2017 ein	19
Branchendialoge zur besseren Arbeitsintegration von Geflüchteten gestartet	19

Anfragen an den Senat

„Rassismus vor der Club-Tür“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite	20
---	-------	----

Aus Europa, Bund und Ländern

Berliner Europaportal	21
BMI: 15.170 Asylsuchende im Oktober 2017	21
JRS: Erfahrungen nutzen und würdigen	21
NDO: Jamaika-Diskussion über Flüchtlinge war falsch -	22
Deutschland braucht ein nationales Antirassismus-Programm	22
Interviewstudie: Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Teilhabeperspektiven	23

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Aktuelle Qualifizierung: Berufspilot und Betriebsunterhalt – Spandau 2020. Projekt für arbeitslose Berlinerinnen und Berliner und Menschen mit Fluchterfahrung über 27 Jahre. Einstieg ab sofort möglich24
Aktuelle Weiterbildungen im FCZB (04.12., 08.01, 19.02.) sowie Info-Termine25

Workshops/ Tagungen

01.12., GePGeMi e.V., Fachtag: „Liebe (asiatische) Senior*innen, wie geht's Ihnen heute?“26
06.12., LIFE e.V., Vortrag: Vom Ankommen und vom Anknüpfen Flucht und Trauma und ihre Implikationen für Beratung und den Deutschunterricht Erwachsener27
07.12., EIZ, Infoveranstaltung: Weiterbildungsmöglichkeit gesucht?27
15.01., BEFaN Netzwerk: Netzwerktreffen Mehrsprachigkeit und Bildung für die institutionelle Förderung von Mehrsprachigkeit28

Initiativen

EUROPEANS FOR PEACE, Ausschreibung: "celebrate diversity! youth exchange for all". Förderprogramm für internationale Jugendprojekte. Frist: 22.01.201829
--	---------

Aus Projekten und Vereinen

Jetzt geht es erst richtig los! Ein Jahr WOMEN'S WELCOME BRIDGE. Berlinerinnen bauen Brücken29
AfroPolitan Berlin Programm Dezember 201730
Zu alt für das Ehrenamt? – Zu behindert für den Job? Bundesweit einmaliges Pilotprojekt begeht fünfjähriges Jubiläum30
12.12., Afrika Medien Zentrum e.V.: Einladung zum Douhaou-Fest31
BAYOUMA-HAUS: Programm Dezember 2017 (Auszug)32

Veranstaltungen

Advents- und Weihnachtsmärkte in Berlin und Brandenburg 201733
01.12. bis 08.12., Ausstellung: „Der Weg des Wandels“ – Fotografien zur aktuellen politischen Lage Brasiliens33

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Mehrsprachige Broschüre: Jugendverbände in Berlin33
Neues Internetportal: Migration und Gesundheit33

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

Kampagnenstart:

„AUSBILDUNG – EINE FRAGE DER EINSTELLUNG“

**Namhafte Hauptstadtbetriebe stärken Ausbildung
als Integrationskraft**

Dr. Franziska Giffey, Neuköllner Bezirksbürgermeisterin und zugleich Chefin einer großen Ausbildungsbehörde mit über 200 Nachwuchskräften, gab am 30. November 2017 gemeinsam mit Andreas Germershausen, dem Integrationsbeauftragten des Berliner Senats, den Startschuss für die Kampagne „Ausbildung – Eine Frage der Einstellung“.

Namhafte Betriebe und Behörden kamen ins Rathaus Neukölln, um als gute Beispiele für eine interkulturell geöffnete Ausbildung zu werben: Von der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr über das IT Dienstleistungszentrum, die Berliner Wasserbetriebe, den Klinikkonzern Vivantes, die Berliner Bäderbetriebe, den Flughafen Berlin Brandenburg bis hin zu den Wohnungsbaugesellschaften Howoge sowie Stadt und Land. Mit der Senatsinitiative Berlin braucht dich! konnte in zehn Jahren der Anteil der neu eingestellten Azubis mit Migrationshintergrund beim Land Berlin von 8,7 % auf 25,1 % gesteigert werden. Damit ist die Hauptstadt als Arbeitgeberin aber noch nicht am Ziel. Die Vielfalt in der Ausbildung soll zum Normalfall in der Berliner Arbeitswelt werden.

Die zehn Kampagnenbetriebe möchten ihren Gewinn an interkultureller Kompetenz weitergeben und zeigen, wie es geht. Wie werden Praktika gestaltet, um die duale Ausbildung zur attraktiven Zukunftsoption für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu machen? Welche Elemente im Einstellungsverfahren wirken ausgrenzend und wie müssen sie verändert werden, damit sich die Vielfalt in der Bevölkerung in der Berufswelt widerspiegelt? Sind die herkömmlichen Wege zur Rekrutierung mit den üblichen Einstellungstests noch zeitgemäß?

Andreas Germershausen sagte zum Hintergrund der neuen Kampagne: „Immer noch scheiden überdurchschnittlich viele Jugendliche aus Familien mit Einwanderungsgeschichte ohne Perspektive auf Ausbildung aus der Schule aus. Ihre Ausgrenzung müssen wir verhindern. Hierfür müssen wir die Ausbildung nutzen, denn sie hat ein hohes Potenzial für gesellschaftliche und berufliche Integration.“

Dr. Franziska Giffey betonte mit Blick auf die Beteiligung des Bezirksamtes Neukölln, dass „der Öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion hat, wenn es darum geht, Diskriminierung abzubauen und die interkulturelle Öff-

nung voranzutreiben. Damit gewinnen wir dringend benötigten Nachwuchs und gestalten gleichzeitig den Zugang zur Ausbildung chancengleich.“

Auch der Arbeitgeberverband KAV Berlin und die Gewerkschaft Ver.di unterstützen die Kampagne. Die KAV-Geschäftsführerin Claudia Pfeiffer und die Ver.di Landesbezirksleiterin Berlin-Brandenburg Susanne Stumpfenhusen bezogen dazu gemeinsam Stellung: „Die Integration von Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte in die Ausbildung unserer Mitgliedsbetriebe ist uns ein wichtiges Anliegen, das wir gemeinsam aktiv vorantreiben, um ihnen eine berufliche Perspektive zu ermöglichen.“

Ines Fiedler, Vorständin des IT Dienstleistungszentrums Berlin, drückte ihre Motivation zur Teilnahme an der Kampagne mit deutlichen Worten aus: „Spaß an Technik und IT ist unabhängig von Herkunft, Aussehen und Religion. Durch unsere Beteiligung an Berlin braucht dich! öffnen wir die Ausbildung beim ITDZ nachhaltig und sind erfolgreicher bei der Rekrutierung von Auszubildenden. Unseren Erfolg wollen wir jetzt gerne teilen.“

Die Workshops für den Transfer der Berlin braucht dich! Werkzeuge richten sich nicht nur an Betriebe, sondern auch an Schulen, Verbände, Kammern und Innungen, die mit dem Thema Vielfalt vorankommen wollen. Sie finden in der ersten Jahreshälfte 2018 statt.

Alle Informationen zur Kampagne und den Werkzeugen sind zu finden auf der Berlin braucht dich! Website

<http://www.berlin-braucht-dich.de>

und auf den verschiedenen Social-Media-Kanälen.

POLIZEI ALS WICHTIGER INTEGRATIONSMOTOR – Berlins Beauftragter für Integration und Migration zu den Berichten um die Polizeiakademie Berlin

Viele junge Menschen aus Einwandererfamilien, die ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden haben und sich für diese engagieren, haben ihre Ausbildung bei der Berliner Polizei erfolgreich absolviert und versehen in unserer Stadt eine verantwortungsvolle Tätigkeit. Die Berliner Polizei ist ein gutes Beispiel für eine interkulturell geöffnete Verwaltung, die die Vielfalt der Bevölkerung unserer Stadt abbildet, in der 43% aller Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben. Das ist auch ein Erfolg der konsequenten Berliner Integrationspolitik in den letzten 10 Jahren.

Mit der Berliner Polizei und deren Akademie arbeite ich seit vielen Jahren eng zusammen. 2005 stand die Erhöhung des Anteils der Auszubildenden mit Migrationshintergrund für den Bereich des öffentlichen Dienstes

und den Polizeivollzug im Zentrum der Gründung der Initiative Berlin braucht dich!. Gemeinsam mit Sekundarschulen und der Polizei arbeitet diese Initiative eng mit der Berliner Polizei zusammen und organisiert dort Betriebsbegegnungen und Praktika zur Gewinnung Jugendlicher mit Migrationshintergrund als Nachwuchskräfte. Auch das von mir geförderte Projekt „KUMULUS-Bildungsberatung für Jugendliche aus Einwandererfamilien und jugendliche Geflüchtete“ pflegt seit vielen Jahren eine gute Zusammenarbeit mit der Berliner Polizeiakademie. Mindestens zweimal jährlich werden vom Projekt Schulungen zur Interkulturalität mit angehenden Polizeianwärterinnen und –anwärtern des mittleren als auch des gehobenen Dienstes sowie der Berliner Ordnungsämter und des Objektschutzes durchgeführt.

Der Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund ist seitdem bei der Polizei Berlin von 6,7% (2006) auf 32,1% (2016) gestiegen. Von den 576 im Jahr 2016 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen für den mittleren Polizeivollzugsdienst hatten 185 Polizeianwärter/innen einen Migrationshintergrund (jährliche Befragung zum Migrationshintergrund unter den neu eingestellten Azubis durch BQN Berlin in meinem Auftrag).

Angesichts der wachsenden Vielfalt unter den Auszubildenden wird auf meine Initiative hin (im Rahmen von Berlin braucht dich!) an neuen didaktischen Ansätzen gearbeitet, um der neuen Vielfalt an Leistungsniveaus gerecht zu werden und mit den unterschiedlichen Auszubildendengruppen ein konstruktives Miteinander aufzubauen.

Die anonyme Stellungnahmen und das Bild, das in der Öffentlichkeit erzeugt wird, geben meiner Wahrnehmung nach kein repräsentatives Bild vom Ausbildungsgeschehen und der Arbeitsrealität der Berliner Polizei ab. Die beunruhigenden Verallgemeinerungen in der Diskussion über die einzelnen Vorfälle, durch die der Eindruck erweckt wird, dass Disziplinlosigkeit und Kriminalität auf die wachsende Vielfalt von Azubis mit Migrationshintergrund oder auf Religion zurückzuführen ist, sind ein ernstzunehmendes Signal für eine sich entwickelnde Stimmungslage, der dringend entgegengetreten werden muss. Selbstverständlich muss den Vorwürfen auf den Grund gegangen werden.

Wir müssen verhindern, dass Menschen, die für die Stadt diese wichtigen Integrationsleistungen erbringen, aufgrund von anonymen Vorwürfen pauschal diffamiert werden, weil sie einen Migrationshintergrund haben. Der demographische Wandel kann nur bewältigt werden, wenn es gelingt, junge Menschen dieser Stadt mit ihrer ganzen Vielfalt als Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Als Integrationsbeauftragter werde ich die Polizeiführung und das ausbildende Personal darin stärken, den eingeschlagenen Weg der Vielfalt weiter zu gehen.

Wichtige Termine

in der Einwanderungsgesellschaft – DER INTERKULTURELLE KALENDER 2018

Neujahr wird 2018 in Berlin außer am 1. Januar mindestens zehn weitere Male gefeiert. Einige Beispiele: Am 15. Februar startet das mehrtägige vietnamesische und chinesische Neujahrsfest. Für Iraner und Afghanen beginnt am 20. März das Jahr 1397. Einen Tag später sind die kurdischen Berlinerinnen und Berliner schon weiter: Sie starten ins Jahr 2630; die Baha'í dagegen ins Jahr 175. Im April folgen die Neujahrsfeste von Thai (2561) und Sikh (319). Weiter geht es im Herbst mit dem Beginn des jüdischen Jahres 5779 am 10. September. Am Tag darauf feiern koptische und äthiopische Christen ihr Neujahr und das islamische Jahr 1440 beginnt.

Auskunft darüber und noch viel mehr bietet der interkulturelle Kalender, der gerade für 2018 erschienen ist.



„Das Zusammenleben in einer Großstadt wie Berlin wird entscheidend auch von den Kulturen und Religionen der Einwanderer geprägt. Da ist es für Wirtschaft und Verwaltung oder Schulen unverzichtbar, sich rasch zu orientieren auf welche Tage die Feste und Feiertage von Nachbarn, Kolleginnen, Geschäftspartnern oder Schülerinnen fallen“, so Berlins Integrationsbeauftragter Andreas Germershausen, der den interkulturellen Kalender herausgibt. „Er bietet praktische Orientierung bei der Terminplanung, zeigt auf einen Blick, an welchen Tagen beispielsweise ein Geschäftsessen unpassend wäre, wenn dieser Termin mitten in den muslimischen Fastenmonat Ramadan fällt“. In der Einwanderungsgesellschaft ist der interkulturelle Kalender als Planungshilfe und rasche Übersicht unverzichtbar geworden, denn auf herkömmlichen Kalendern finden sich diese Termine meist nicht.“

Die Idee stammt von Frau Gertrud Wagemann, die auch das Konzept für den Kalender lieferte und jedes Jahr die Termine recherchiert.

Dass dieser Jahreskalender auf lebhaftes Interesse stößt, zeigen Hunderte von Vorbestellungen, die sich rechtzeitig den aktuellen Interkulturellen Kalender sichern wollen.

Den interkulturellen Kalender 2018 gibt es als DIN-A-3-Poster gegen eine Schutzgebühr von 0,50 € pro Exemplar beim

(Nächste Seite: Bezugsmöglichkeiten)

Beauftragten des Senats für Integration und Migration

Potsdamer Straße 65

10785 Berlin

Tel.: (030) 9017 2357 oder 9017 2322,

Fax: (030) 9017 2320

E-Mail: Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Außerdem steht der Kalender auch wieder auf der Website des Integrationsbeauftragten als Download bereit:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/service/interkultureller-kalender/>

Dort gibt es auch eine **barrierefreie Vorleseversion** des Kalenders. Ebenfalls angeboten wird auf der Internetseite als – kostenloser- **Download eine elektronische Version des Kalenders**, der damit in Outlook, Smartphone oder Tablet eingebunden werden kann.

'INTEGRATION IM DIALOG' IN PANKOW

Die Gesprächsreihe des Integrationsbeauftragten des Landes Berlin war zu Gast in Pankow

Der Beauftragte des Landes Berlin für Integration und Migration, Andreas Germershausen, war am 07. November mit der Gesprächsreihe 'Integration im Dialog' zu Gast im Pankower Sebastian Haffner Haus.

Unter dem Titel 'Von wegen Amtsschimmel! Neue Kooperationen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft' beschäftigte sich die Veranstaltung in Pankow mit dem Zusammenspiel von Stadtgesellschaft und Verwaltung.

Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, der Integrationsbeauftragte von Berlin, Andreas Germershausen, der Bezirksbürgermeister Sören Benn und die Integrationsbeauftragte von Pankow, Katarina Niewiedzial, diskutierten mit dem Willkommensnetzwerk Pankow Hilft!, Initiativen von Geflüchteten, Migrant*innenorganisationen und den Bürgerinnen und Bürgern u.a. darüber, wie die Integration von Geflüchteten gelingen und wie dabei die Kooperation aller beteiligten hauptamtlichen und freiwilligen Akteure verbessert werden kann.

"Die Aufnahme, Integration und Beteiligung von Geflüchteten gelingt nur dann, wenn die Zusammenarbeit aller Beteiligten funktioniert. Dort, wo Ämter untereinander, mit den Geflüchteten und der Stadtgesellschaft gut kooperieren, kann auch soziale Innovation entstehen. Nur so können Lösungswege und Verbesserungen gefunden werden, die über die eigene Zuständigkeit und fachliche Begrenzung hinausgehen", betonte die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Elke Breitenbach.

Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration Andreas Germershausen: „Unter dem

Strich bedeutet das: Berlin kann durch gute Kooperationen der Behörden untereinander und mit der Stadtgesellschaft nicht nur die großen Herausforderungen bei der Integration der Geflüchteten bei gleichbleibenden Ressourcen besser meistern. Auch Verwaltung insgesamt kann bei dieser Herausforderung nur lernen und dann auch andere Aufgaben besser bewältigen."

Pankows Bezirksbürgermeister Sören Benn (Die Linke) dazu: „Ich habe immer noch großen Respekt für die vielen Pankowerinnen und Pankower, die sich in unserem Bezirk in den letzten Jahren auf herausragende Weise für geflüchtete Menschen engagiert haben. Für diese großartige Hilfsbereitschaft des Willkommensnetzwerks "Pankow hilft!" möchte ich mich bedanken! Mittlerweile haben sich aus diesem Engagement verlässliche Kooperationen mit dem Bezirksamt entwickelt. Daraus wurden Veränderungsprozesse in der Verwaltung angestoßen, an die wir anknüpfen wollen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft umfasst aber auch die zugewanderten Menschen selbst. Sie müssen noch stärker aktiv eingebunden werden, da Integration nur durch Partizipation gelingen kann.“

Mit der Reihe 'Integration im Dialog' werden Anregungen, Kritik und Ideen derjenigen gesammelt, die sich engagieren – welche Projekte funktionieren gut und sind möglicherweise modellhaft? Wo wird Unterstützung benötigt? Bei welchen Themen geht es voran, wo braucht es andere Ansätze?

Die Impulse aus den Bezirken nutzt der Integrationsbeauftragte intensiv, um das Gesamtkonzept des Senats für die Integration und Partizipation der Geflüchteten weiter zu entwickeln.

Weitere Informationen

Unter <http://www.berlin.de/integration-im-dialog> wird über Veranstaltungstermine und Ergebnisse informiert.

'INTEGRATION IM DIALOG'

IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Der Beauftragte des Landes Berlin für Integration und Migration, Andreas Germershausen, war am 15. November mit der Gesprächsreihe 'Integration im Dialog' zu Gast im Rathaus Charlottenburg in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Die Veranstaltung beschäftigte sich diesmal mit dem ehrenamtlichen und freiwilligen Engagement bei der Unterstützung Geflüchteter. Es wurde thematisiert, wie die Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements gestaltet werden können, damit die Integration von Geflüchteten gelingen kann und wie die Kooperation aller beteiligten ehrenamtlichen, freiwilligen und hauptamtlichen Akteure verbessert werden kann.

Der Referatsleiter Bürgerschaftliches Engagement und Demokratieförderung, Friedemann Walther, der Integrationsbeauftragte von Berlin, Andreas Germershausen und der Integrationsbeauftragte von Charlottenburg-Wilmersdorf, Leon Friedel, diskutierten mit Initiativen, Vereinen, Geflüchteten, Vertreter*innen der Bezirksämter, Migrant*innen-organisationen und den Bürgerinnen und Bürgern.

"Die Arbeit von Ehrenamtlichen und Freiwilligen ist unverzichtbar, um eine wirkungsvolle Willkommens- und Anerkennungskultur für Zuwanderer in Deutschland zu etablieren," sagt Andreas Germershausen. "Allerdings ist es wichtig, die Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements zu kennen: Freiwillige und ehrenamtliche Akteure können und sollen nicht die Lückenfüller für ausbau- und verbesserungsfähige sozialstaatlichen Leistungen sein."

Mit der Reihe 'Integration im Dialog' werden Anregungen, Kritik und Ideen derjenigen gesammelt, die sich engagieren – welche Projekte funktionieren gut und sind möglicherweise modellhaft? Wo wird Unterstützung benötigt? Bei welchen Themen geht es voran, wo braucht es andere Ansätze?

Unter <http://www.berlin.de/integration-im-dialog> wird über Veranstaltungstermine und Ergebnisse informiert. Bis März 2018 lädt „Integration im Dialog“ in den Berliner Bezirken die Bürgerinnen und Bürger ein, mit Anregungen, Kritik und Vorschlägen dabei zu sein.

MEDIENSCHAU

Tagesspiegel

Nach Polizei-Affäre: „Ich will keine weißen Sheriffs“ Interview vom 17.11.2017

Andreas Germershausen, Integrationsbeauftragter, fordert, dass die Polizei die Bevölkerung widerspiegeln sollte:

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/integrationsbeauftragter-andreas-germershausen-nach-polizei-affaere-ich-will-keine-weissen-sheriffs/20595706.html>

Berliner Zeitung vom 04.11.2017: Integrationsexperten über Zuzug „Man darf nicht den Themen der AfD nachrennen“

<https://www.berliner-zeitung.de/berlin/integrationsexperten-ueber-zuzug--man-darf-nicht-den-themen-der-afd-nachrennen--28746432>

Romact-Veranstaltung: INTERKULTURELLES TRAINING

Workshop-Termine im Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit möchten wir Sie herzlich zu der Romact-Veranstaltung - Interkulturelles Training im Dezember einladen.

Bei dieser Veranstaltung handelt es sich um einen Ein-Tages-Workshop, der sich mit dem Umgang mit der ethnischen Minderheit der Roma und insbesondere mit dem Thema Antiziganismus befasst. Es sollen vorhandene und bekannte Vorurteile in einer lockeren Arbeitsatmosphäre diskutiert werden, die häufig auch unbewusst im täglichen Arbeitsleben eine Rolle spielen. Weitere Informationen finden Sie unter dem folgenden Link: <http://coe-romact.org/about-romact-tcc>.

Eingeladen sind alle **Berliner Verwaltungsmitarbeitenden**, die direkten Kontakt mit der ethnischen Minderheit der Roma haben und/oder **Mitarbeitende sowie ehrenamtlich Tätige**, die sich für die Thematik interessieren und weiterbilden möchten. Sie fühlen sich angesprochen? Dann melden Sie sich doch für einen der folgenden Termine an:

Dienstag, 05.12.17, 8:30-16:30 Uhr

Ort: Rathaus Reinickendorf, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin

Donnerstag, 07.12.17, 8:30-16:30 Uhr

Ort: Büro des Integrationsbeauftragten von Berlin, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin

Mittwoch, 13.12.17, 8:30-16:30 Uhr

Ort: Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin

Die Workshops finden auf Deutsch statt und es wird ein Mittagssnack bereitgestellt.

Anmeldung, unter Nennung Ihrer Institution, per E-Mail an amala.meiwes-konyali@intmig.berlin.de. Sie erhalten eine Anmeldebestätigung.

Zeitlicher Ablauf (exemplarisch):

08:30 Uhr bis 09:00 Uhr

Einführung : Erwartungen und Herausforderungen bei der Interaktion von Roma mit öffentlichen Institutionen

09:00 bis 10:30 Uhr:

Geschichte und Funktion des Zigeunerstereotyps

10:30 Uhr Kaffeepause

10:45 bis 12:15 Uhr

Interkulturelle Kompetenz: Perspektivenwechsel informelle Orientierung

12:15 Uhr Mittagspause

13:15 bis 14:45 Uhr

Wer sind „die Roma“? Geschichte, Kultur und aktuelle Situation

14:45 Uhr Kaffeepause

15:00 bis 16:30 Uhr

Projektbeispiele zur Bewältigung der Herausforderungen in den sozialen Diensten

HÄRTEFALLFONDS BERUFSANERKENNUNG BERLIN

Mit dem Förderprogramm Härtefallfonds Berufsanerkennung Berlin, das am 01. Juli 2016 in Kraft getreten ist, reagiert das Land Berlin auf den erhöhten Fachkräftebedarf und die gleichzeitig steigende Anzahl an Zuwanderinnen und Zuwanderern. Das Förderprogramm bietet die Möglichkeit, Personen mit einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation bei der Finanzierung des Anerkennungsverfahrens zu unterstützen.

Voraussetzung ist, dass die Kosten nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden können oder nach dem SGB II, dem SGB III, dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG), den Landesprogrammen QfB bzw. QvB oder aus dem Förderprogramm des Bundes (Anerkennungszuschnitt) gefördert werden.

Wer kann gefördert werden?

- Personen mit einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation,
- die einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus haben,
- die ihren Hauptwohnsitz seit mindestens 3 Monaten in Berlin haben,
- die keine Förderung durch SGB II, SGB III, dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG), den Landesprogrammen QfB bzw. QvB oder aus dem Förderprogramm des Bundes (z.B. Anerkennungszuschnitt) erhalten
- die über keine ausreichenden eigenen Mittel verfügen (Einkommensgrenze von 26.000 EUR pro Jahr bei Alleinstehenden und 40.000 EUR bei verheirateten bzw. verpartnerten Antragstellenden)

Was kann gefördert werden?

- Gebühren für das Anerkennungsverfahren
- Kosten für notwendige Übersetzungen
- Kosten für Dolmetscher/innen
- Kosten für Ausgleichsmaßnahmen bzw. Qualifizierungsmaßnahmen zur Herstellung der Gleichwertigkeit (Lehrgangskosten, Fahrtkosten außerhalb des öffentlichen Nahverkehrs, Kosten für notwendige Lernmittel, zwingend erforderliche Arbeitskleidung, Kinderbetreuungskosten)

- Kosten für im Rahmen des Anerkennungsverfahrens notwendige Sprachkurse (oberhalb B1)

Weitere Fördervoraussetzungen:

- Einschätzung einer Anerkennungsberatungsstelle des IQ-Netzwerkes, dass die Anerkennung die Chancen zur Aufnahme einer qualifikationsentsprechenden Beschäftigung langfristig verbessert
- glaubhafte Darlegung einer angestrebten Erwerbstätigkeit in Berlin

Der Antrag muss in der Regel vor Vorhabenbeginn gestellt werden. Gefördert werden können Kosten ab 100 EUR bis maximal 10.000 EUR pro Person, die nicht rückzahlbar sind. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der Rechnungen oder Bescheide i.d.R. direkt an das ausführende Institut. Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht

Weitere Informationen:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/ausbildung-und-arbeit/haertefallfond-berufsanerkennung/>

Kontakt

Beratung und Antragstellung im Willkommenszentrum bei:

Mirjam Berndt

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Telefon: (030) 901723 37

Fax: (030) 901723 20

E-Mail: Mirjam.Berndt@intmig.berlin.de
oder Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Ab 01.09.2018:

AUSBILDUNG ZUR/ZUM VERWALTUNGSFACHANGESTELLTEN

Frist: **10.01.2018**

Über 100.000 Menschen setzen sich täglich in der Berliner Verwaltung dafür ein, dass die Stadt als europäische Metropole und Hauptstadt Deutschlands als attraktiver Standort für Wirtschaft und Kultur und – vor allem – als Zuhause für mehr als 3,5 Millionen Menschen funktioniert.

BERLIN braucht SIE!

Sie wollen daran mitwirken, dass in Berlin alles reibungslos funktioniert? Dann Starten Sie durch und beginnen bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zum **1. September 2018** Ihre Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten.

Unser Ausbildungsangebot richtet sich vorrangig an Bewerberinnen/Bewerber, die erstmalig eine Ausbildung anstreben. Wir freuen uns über Ihre Online-Bewerbung bis zum **10. Januar 2018**.

Alle wichtigen Informationen rund um das Thema Ausbildung, Bewerbungsverfahren und den Link zum Karriereportal finden Sie auf unserer Homepage.

<http://www.berlin.de/sen/inneres/personal/ausbildungs-und-einstellungsbehoerde/>

Kontakt

Ansprechpartnerin/er:
Frau Bley und Herr Hansohn

Tel.: (030) 90223 2236

E-Mail: Ausbildungsleitung@SenInnDS.berlin.de



DAS WILLKOMMEN-IN-ARBEIT-BÜRO SPANDAU PRÄSENTIERT SICH NEU



Mitarbeiter des WiA-Büro Spandau (Bild: WiA Spandau)

Ein gutes Jahr nach Eröffnung erweitert das Willkommen-in-Arbeit-Büro (WiA-Büro) Spandau sein Angebot. Seit September 2016 bietet das WiA-Büro zentral in der Altstadt Spandau kostenfreie und unabhängige Bildungs- und Berufsberatung für Menschen mit Flucht-hintergrund in mehr als zehn Sprachen an, darunter auch auf Arabisch und Farsi.

Durch die Erweiterung der Räumlichkeiten im WiA-Büro Spandau können Kundinnen und Kunden jetzt im Empfangsbereich PCs für Recherchen oder zum Erstellen des eigenen Lebenslaufs nutzen. Außerdem finden nun Beratungen in Einzelräumen statt, um die Privatsphäre der Ratsuchenden besser zu schützen und eine vertrauensvolle Beratungsatmosphäre zu gewährleisten.

Das WiA-Büro Spandau ist eines von insgesamt zwei Willkommen-in-Arbeit-Büros in Berlin und eines der zahlreichen Bildungs- und Integrationsprojekte von GIZ e.V. Es wird aus Mitteln der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gefördert.

Dank seiner zentralen Lage in der Altstadt Spandau konnte sich das WiA-Büro schnell etablieren und in kürzester Zeit sein Angebot ausbauen. Inzwischen finden neben der Bildungs- und Berufsberatung auch Stellenvermittlung, Sprachkurse und Informationsveranstaltungen statt. Ein Tag in der Woche ist gezielt geflüchteten Frauen vorbehalten: Freitags findet eine offene Frauenrunde statt und ergänzend berät eine Frauenberaterin zu Wegen in Bildung und Beruf.

Die Fragen der Ratsuchenden sind sehr vielfältig. Während manche noch auf der Suche nach einem passenden Sprachkurs sind, möchten sich andere auf einen Ausbildungsplatz bewerben oder suchen bereits eine Arbeitsstelle. Doch neben der Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse und Qualifikationen sind die oftmals noch geringen Deutschkenntnisse nach wie vor ein großes Hemmnis.

Daher unterstützt das WiA-Büro Spandau auch den Sprachkurs „Einstieg Deutsch“ des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. Darüber hinaus kooperiert das WiA-Büro auch mit dem Lerncafé Spandau bei einer Vortragsreihe zu vielfältigen Themen des Verbraucherschutzes. Außerdem arbeitet das WiA-Büro eng mit den Spandauer Integrationslotsinnen und -lotsen zusammen, bei denen geflüchtete Menschen eine sozial-integrative Begleitung und Beratung erhalten.

Wir freuen uns auf die weitere Arbeit auch im Jahr 2018 im WiA-Büro Spandau und danken unseren Kooperationspartnern Jobassistenz Spandau, Job Point Charlottenburg-Wilmersdorf, KOBRA und Work for Refugees für die gute Zusammenarbeit.

Das WiA-Büro Spandau ist ein Projekt der GIZ e.V. und wird aus Mitteln der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gefördert.

Kontakt

Beratungszeiten:

Montag bis Freitag,

jeweils 10:00-13:00 Uhr und 14:00-17:00 Uhr

Um längere Wartezeiten zu vermeiden, empfehlen wir, einen Termin zu vereinbaren.

Aktuelle Informationen:

<http://www.facebook.com/wia.spandau>

WiA-Büro Spandau
Jüdenstraße 30
13597 Berlin

Tel.: (030) 5130 100 70

E-Mail: wia@giz.berlin

Internet: <http://www.giz.berlin/projects/das-wia-buero-spandau.htm>

Aus dem Landespressedienst

27.10.2017, 14:23 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

STAATSEKRETÄR KRACH ZUM STUDIARENANSTIEG IN BERLIN

Nach einer vorläufigen Schnellerfassung der Einschreibungen im Wintersemester 2017/2018 unter den elf Berliner staatlichen Hochschulen geht die Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung aktuell von einem weiteren Anstieg der Studierendenzahl in Berlin aus. Zusammen mit den konfessionellen und privaten Hochschulen dürfte die Gesamtzahl der Studierenden in Berlin in diesem Jahr 183.000 erreichen, das entspricht einem Zuwachs von etwa 3.000 verglichen mit dem Vorjahr.

Steffen Krach, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, erklärt dazu: „Wir freuen uns natürlich, dass die Qualität unserer Hochschulen und die Attraktivität Berlins zu einer anhaltend hohen Nachfrage unter Studierenden im In- und Ausland führt. Zugleich steigt in Berlin und auch bundesweit der Bedarf für bezahlbare Wohnangebote. Das führt gerade am Semesteranfang zu einer angespannten Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt. Besonders betroffen sind dabei Studierende mit geringen finanziellen Mitteln sowie BAföG-Berechtigte, deren Wohngeldzuschuss von derzeit 250 Euro angesichts der bundesweit steigenden Mietkosten von der neuen Bundesregierung dringend weiter erhöht werden muss. Denn die Lage spitzt sich zu. In Berlin meldet das Studierendenwerk aktuell knapp 4.740 Interessierte an einem Wohnheimplatz. Darunter sind 2.248 Erstsemester-Studierende, die zum Großteil neu in unsere Stadt kommen. In vielen anderen Städten ist die Situation noch schwieriger, in München warten knapp 10.000 Studierende auf Wohnheimplätze, in Stuttgart sind es etwa 3.900. Auch wenn das Berliner Studierendenwerk durchschnittlich 4.000 von seinen insgesamt 9.340 Plätzen pro Jahr neu vergibt und der Berliner Senat 5.000 weitere Wohnheimplätze baut, stellt die aktuelle Dimension eine neue Herausforderung dar. Deshalb bereiten wir auch mit dem Berliner Studierendenwerk Lösungen vor, um in akuten Fällen

kurzfristig reagieren zu können. Zugleich werden Möglichkeiten der Nachnutzung von Unterkünften geprüft, die für andere Zwecke nicht mehr benötigt werden. Und auch Berlinerinnen und Berliner können helfen: Wer ein Zimmer für mindestens ein Semester insbesondere an Erstsemester-Studierende vermieten möchte, kann hierfür die Wohnraumbörse auf der Website des Berliner Studierendenwerks nutzen.“

Mit dem Senatsbeschluss vom Juli 2015 werden in Berlin bis 2020 insgesamt 5.000 neue Wohneinheiten durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die berlinovo errichtet. Damit wird das bestehende Angebot des Berliner Studierendenwerks sowie der typische Berliner Mix aus kleinen Wohnungen und Wohngemeinschaften auf dem privaten Wohnungsmarkt ergänzt. Nach Angaben der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und der Senatsverwaltung für Finanzen befinden sich davon 3.400 Einheiten bereits im Bau oder in konkreter Planung. Auch das Studierendenwerk erweitert sein Angebot durch Nachverdichtungs- und Neubaumaßnahmen. Zudem prüft die Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen weitere Alternativen, die den zusätzlichen Ausbau von Wohnheimplätzen durch das Studierendenwerk ermöglichen sollen.

Wohnraumbörse des Berliner Studierendenwerks:

<https://www.stw.berlin/wohnraumbörse/wb-login.html>

Rückfragen: Sprecher für Wissenschaft und Forschung,
Telefon: (030) 9026-5010

30.10.2017, 09:32 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

MÜLLER ZUM 500-JÄHRIGEN REFORMATIONSJUBILÄUM

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, zum 500-jährigen Reformationsjubiläum:

„Das heutige Berlin, als Stadt der Freiheit und Symbol für Offenheit, Toleranz und Vielfältigkeit, wäre ohne das Erbe Martin Luthers nicht denkbar. Das 500-jährige Jubiläum der Reformation ist ein Grund zur Feier und Freude für alle – unabhängig der religiösen Gesinnung. Mit der Übersetzung ins Deutsche hat Luther die Bibel seinen Mitmenschen geöffnet. Jeder sollte die Heilige Schrift lesen und seinen Weg zum Glauben in Eigenverantwortung ohne autoritäre Vorgaben finden können. Der Wunsch nach einer offenen freien Gemeinschaft ist auch heute noch spürbar und führt viele Menschen nach Berlin, in die Reformationsstadt Europas.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

02.11.2017, 10:19 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

BERLINER AUSBILDUNGSSTELLENBILANZ 2016/2017

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Tausende junge Berlinerinnen und Berliner haben in den vergangenen Wochen einen neuen Schritt auf ihrem beruflichen Weg getan: Zum regulären Ausbildungsbeginn starteten sie ihre Ausbildung. Gemeinsam mit der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, den Vertretern der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Industrie- und Handelskammer Berlin und der Handwerkskammer Berlin zog der Leiter der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, Bernd Becking, heute Bilanz zum Ausbildungsmarkt.

Von Oktober 2016 bis Ende September 2017 meldeten sich insgesamt 20.816 Jugendliche bei den Arbeitsagenturen, Jobcentern und Standorten der Jugendberufsagentur in Berlin, um bei ihrer Ausbildungsuche Unterstützung zu erhalten. Darunter sind auch 1.366 junge Geflüchtete, die als Bewerber alle Voraussetzungen für eine duale Ausbildung erfüllen. Im Vergleich mit 2016 ist damit die Zahl der jungen Ausbildungssuchenden um 887 Bewerberinnen und Bewerber gesunken. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen ging um 154 auf 14.650 zurück. Ende September 2017 hatten 2.348 Jugendliche noch keinen Ausbildungsplatz, das sind 648 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber mehr als 2016. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen blieb mit 1.197 in etwa auf Vorjahresniveau.

Bernd Becking, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg zur aktuellen Situation auf dem Ausbildungsmarkt: „Die Verbesserung der Situation am Ausbildungsmarkt bleibt in Berlin weiter eine Herausforderung für alle Beteiligten. Der Trend der vergangenen Jahre, dass mehr betriebliche Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, setzte sich dieses Jahr nicht fort. Die Zahl der gemeldeten Lehrstellen reicht weiterhin nicht aus, um allen Bewerbern eine duale Ausbildung anzubieten. Gleichzeitig sinkt erstmals die Zahl der Jugendlichen, die sich um eine Ausbildung bewerben, in einer relevanten Größenordnung. Mein Appell richtet sich an alle Akteure: Die Ausbildungslosen von heute sind die Arbeitslosen von morgen. Daher gilt es, in den Anstrengungen nicht nachzulassen, die betriebliche Ausbildung in Berlin zu stärken. Alle dafür erforderlichen Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden – vor allem vor und am Übergang von Schule zu Beruf.“

Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales: „Auch in diesem Jahr haben viele Jugendliche noch keinen Ausbildungsplatz gefunden, denn das Angebot der betrieblichen Ausbildungsplätze ist noch

unzureichend. Die Beteiligung der Berliner Unternehmen an der Ausbildung nimmt seit Jahren ab, trotz guter Konjunktur. Es ist aber deren Aufgabe, genügend Ausbildungsplätze zu schaffen. Hier geht es um soziale Verantwortung und die Zukunft vieler junger Menschen, aber auch um ökonomische Vernunft, denn die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Wir kooperieren hier mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern und unterstützen auf vielfältige Weise die duale Berufsausbildung durch Landesprogramme.“

Dr. Beatrice Kramm, Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Berlin: „Berliner Unternehmen bilden auch 2017 auf dem hohen Niveau aus wie im Rekordjahr 2016. Damit hat die Wirtschaft seit 2009 die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze um knapp 50 Prozent gesteigert. Bedauerlicherweise konnte eine Reihe von Unternehmen die angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen. Zu befürchten ist, dass diese Unternehmen sich wegen des Bewerbermangels aus der dualen Ausbildung zurückziehen. Eines unserer Hauptanliegen ist deshalb, weitere Ausbildungspotenziale zu heben. Wir unterstützen es deshalb sehr, die vollzeitschulischen Bildungsgänge an den Oberstufenzentren neu auszurichten und gemeinsam mit der Wirtschaft diesen Jugendlichen Brücken in die duale Ausbildung zu bauen.“

Ulrich Wiegand, Geschäftsführer der Handwerkskammer Berlin: „In den letzten Jahren haben sich immer mehr Menschen für eine duale Ausbildung im Berliner Handwerk entschieden. Konkret bedeutet dies, dass sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berliner Handwerksbetrieben in den vergangenen zwei Jahren um mehr als 11 Prozent erhöht hat. Und der Trend geht mit aktuell mehr als 3.300 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen weiter in diese Richtung. Das heißt, wir werden wohl am Jahresende 2017 nochmals mehr neue Ausbildungsverträge als im Vorjahr bilanzieren können.“

Alexander Schirp, Geschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB): „Die Unternehmen der Hauptstadtregion engagieren sich bei der Ausbildung weiterhin auf einem hohen Niveau. Sie investieren zweistellige Millionenbeträge in die Fachkräftesicherung. Nicht zuletzt dadurch ist die Jugendarbeitslosigkeit deutlich gesunken. Eine wachsende Wirtschaft braucht dringend zusätzliche Fachkräfte. Ein Ausbildungsplatz, der heute nicht besetzt werden kann, reißt morgen noch größere Lücken. Wir müssen alles dafür tun, den Firmen bei der Besetzung ihrer Stellen zu helfen. Wir haben hohe Erwartungen an die Jugendberufsagentur. Der Übergang von der Schule in den Beruf muss besser gelingen. Mehr Berufswahlkompetenz und berufliche Orientierung sind der Schlüssel für einen erfolgreichen Start in die Arbeitswelt – neben mehr Qualität im Bildungssystem, in Kitas und Schulen ebenso wie in den Hochschulen. Auch die Verkehrspolitik spielt eine Rolle: Jugendliche aus Berlin müssen die Möglichkeit haben, Ausbildungsbetriebe in

Brandenburg zu erreichen. Deshalb sollte das Angebot auf der Schiene rasch ausgebaut werden.“

Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg: „Vielen jungen Menschen bleiben entscheidende Zukunftsperspektiven verwehrt, weil es immer noch zu wenige Ausbildungsplätze gibt. Dabei ist die duale Berufsausbildung für alle Beteiligten ein Erfolgsmodell und für die Unternehmen gibt es keinerlei Ausreden mehr, ihrer Verantwortung zur Ausbildung nicht nachzukommen. Wenn die Unternehmen öffentliche Assistenz- und Unterstützungsleistungen annehmen und die Qualität der Berufsausbildung stabilisieren würden, würden sie viele passende Bewerberinnen und Bewerber für ihre Ausbildungsplätze und damit die Fachkräfte der Zukunft finden.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

03.11.2017, 09:35 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

MÜLLERS ANTRITTSREDE ALS BUNDESRATSPRÄSIDENT

Es gilt das gesprochene Wort!

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat heute seine Antrittsrede als Präsident des Bundesrats gehalten. Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin dokumentiert den Wortlaut der Rede auf Grundlage des Manuskripts:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir eine große Freude und zugleich auch Ehre, Sie heute erstmals als Bundesratspräsident begrüßen zu dürfen.

Zuerst möchte ich meiner Amtsvorgängerin, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, für ihre wichtige Arbeit als bisherige Bundesratspräsidentin danken. Liebe Malu Dreyer, mit Ihrer klaren, verbindlichen Art haben Sie hier im Bundesrat wichtige Gesetzesvorhaben verwirklicht. Dabei denke ich besonders an den Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der Parteienfinanzierung, an die auch von uns Berlinern besonders unterstützte ‚Ehe für alle‘ und an das Gesetzespaket zur Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs. Unter dem Motto ‚Zusammen sind wir Deutschland‘ haben Sie daran erinnert, die Vielfalt Deutschlands als Reichtum für unsere Gesellschaft zu verstehen und zu erleben. Vielen Dank dafür.

Und, das möchte ich auch ganz persönlich hinzufügen: Liebe Malu, es ist gut für Deutschland, wie du in deinem Bundesland, als Bundesratspräsidentin und als überzeugte Europäerin stets deutlich gemacht hast,

dass Vielfalt, Mitmenschlichkeit und Demokratie das sind, was unser gemeinsames Leben ausmacht. Dafür stehen wir alle hier in diesem Haus und wir wissen die überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen hinter uns. Dieses wichtige Engagement für unsere tolerante und weltoffene Gesellschaft möchte ich in den kommenden Monaten weiterführen, hier im ‚Parlament der Länderregierungen‘.

Die Vielfalt Deutschlands wird sich auch am 3. Oktober 2018 zeigen, wenn wir uns alle in Berlin zusammenfinden, um unser Fest der Demokratie und Wiedervereinigung zu feiern. Und dabei drückt sich der für unser Land elementare Grundsatz des gemeinsamen Zusammenlebens in der Vielfalt unserer Bundesländer auch in unserem Motto zum 3. Oktober aus: ‚Nur mit Euch‘. Dieser Gedanke des ‚Gemeinsamen‘ bedeutet, dass wir alle in diesem Land auf Augenhöhe kommunizieren und miteinander umgehen wollen. Denn Politik braucht mehr Nähe und Vertrauen. Es geht dabei nicht darum, ‚Kumpel‘ zu sein, wohl aber darum, nahbarer zu werden.

Und wir haben viel miteinander zu diskutieren und zu verabreden. Denn vor uns stehen die vielen Veränderungsprozesse, die durch Globalisierung und Digitalisierung unseren Alltag beeinflussen. Dieses wichtige Thema möchte ich inhaltlich in den Fokus meiner Bundesratspräsidentschaft stellen. Es geht dabei um nicht weniger als darum, die Zukunft unseres Landes modern, digital und vor allem sozial zu gestalten, um unseren Wohlstand zu sichern und endlich alle daran teilhaben zu lassen.

Bei diesem wichtigen Gestaltungsprozess gibt uns glücklicherweise gerade der Föderalismus die Möglichkeit, länderübergreifend zusammenzuarbeiten und voneinander zu lernen. Und ich gehe sogar noch weiter und sage: viele der anstehenden Herausforderungen müssen wir auch auf europäischer Länderebene diskutieren und angehen. ‚Nur mit Euch‘ meint hier: Alle werden gebraucht, um die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung gerecht zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Berliner Bundesratspräsidentschaft beginnt bundespolitisch gesehen in einer Art ‚Zwischenzeit‘. Die zurückliegenden Bundestagswahlen haben zu den aktuellen Sondierungsgesprächen einer auf Bundesebene unüblichen Drei-Fraktionen-Koalition geführt. In einzelnen Bundesländern wie bei uns in Berlin haben wir schon länger Erfahrungen mit Dreier-Koalitionen. Wir alle wissen: Die bundespolitische Situation erfordert derzeit großes Verhandlungsgeschick von den betreffenden Personen und Parteien, um eine verlässliche Koalitionsregierung für die kommenden Jahre zu bilden. Gleichzeitig müssen wir alle realisieren, dass sich eine rechtspopulistische Partei mit über neunzig Mandaten aus der Opposition heraus in die Bundestags-Debatten einbringen wird.

Dabei ist es Auftrag der demokratischen Parteien, dafür zu sorgen, dass diese Minderheit nicht die Debatten in der öffentlichen Wahrnehmung durch gezielte Provokationen dominiert. Wie das gelingen kann, dazu können die Politikerinnen und Politiker der meisten Länder viel aus ihren eigenen Erfahrungen an die Kollegen des Bundestags weitergeben.

Wir haben während des letzten Wahlkampfs erleben müssen, wie die Begriffe Freiheit und Demokratie von Populisten antidemokratisch umgedeutet wurden. Als Willy Brandt im Oktober 1969 in seiner Regierungserklärung den berühmten Satz ‚Wir wollen mehr Demokratie wagen‘ sagte, plädierte er damit für eine größere Offenheit und Bürgernähe, aber auch für eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, sich zu engagieren. Wenn 48 Jahre später eine rechtspopulistische Partei in Deutschland diesen Satz für sich im Wahlkampf nutzt, dann wird der Begriff der Demokratie nicht nur umgedeutet, sondern missbraucht. Schulterzucken oder ein gar schleichendes Sich-daran-Gewöhnen sind als Reaktion dabei nicht angemessen und auch nicht ausreichend.

Als Bundesratspräsident möchte ich hier deutlich Position beziehen und daran erinnern, dass uns Freiheit und Demokratie nicht geschenkt werden, sondern auf gegenseitigem Vertrauen, Engagement und Zusammenarbeit gründen – und wir müssen uns dafür täglich einsetzen und gemeinsam dafür kämpfen. Gerade in Zeiten, in denen sich immer mehr Menschen ins Nationale zurückziehen wollen, müssen wir für unser Europa der Vielfalt der Regionen, der grenzenlosen Freiheit, des Fortschritts und des Friedens eintreten. Dieser mit Emotionen erfüllte europäische Gedanke muss wieder erlebbar sein und den Rückzug in die Nische des Nationalen zu genau der verstaubten Idee werden lassen, die wir längst überwunden glaubten.

Weiter im Redetext unter:

<http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilung/en/2017/pressemitteilung.645168.php>

03.11.2017, 16:06 Uhr

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Scheeres eröffnet

Jugendaktionsraum am Alexanderplatz:

**„POLIZEI KANN DIE PROBLEME
NICHT ALLEINE LÖSEN“**

Die Jugendsozialarbeit am Alexanderplatz wird verstärkt. Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, hat heute den Jugendaktionsraum des Moabiter Ratschlags e.V. in unmittelbarer Nähe des Fernsehturms eröffnet. Der Trägerverein bietet dort im Rahmen des Projekts „JugendAktionsRaum am Alexanderplatz“ (JARA) vor allem für junge Geflüchtete an vier Tagen pro Woche Freizeit-, Sport-, Begegnungs-

und Beratungsmöglichkeiten bis in die Abendstunden hinein an.

Ziel des Projekts ist, die Integration der meist männlichen jungen Geflüchteten zu fördern und ein Abrutschen in die Kriminalität zu verhindern. Zugleich soll die Situation am Alexanderplatz für alle Nutzergruppen verbessert werden. Der Platz ist ein Treffpunkt zahlreicher junger Menschen und zugleich ein Kriminalitätsschwerpunkt in der Stadt.

Senatorin Scheeres: „Es ist richtig, die Polizeipräsenz auf dem Alexanderplatz zu erhöhen. Für kriminelles Verhalten, auch von jungen Menschen, gibt es null Toleranz. Aber die Polizei kann die Probleme am Alexanderplatz nicht alleine lösen. Flankierend braucht es eine gute Jugendsozialarbeit. Streetworkprojekte wie JARA tragen dazu bei, dass junge Menschen gar nicht erst auf dumme Ideen kommen beziehungsweise Konflikte zwischen Gruppen nicht eskalieren. Jetzt gibt es erstmals eine Anlaufstelle am Alexanderplatz, wohin sich junge Menschen wenden können. Zugleich können die Streetworker von dort aus auf die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugehen, Freizeitaktivitäten und Beratungen anbieten, auf Probleme reagieren und auch Kontakte zu anderen Nutzergruppen knüpfen. Integration zu fördern ist der beste Weg, um Straftaten zu vermeiden.“

Das Projekt JARA ist eine Erweiterung des bereits bestehenden Platzmanagements, das ebenfalls vom Moabiter Ratschlag organisiert wird und an dem verschiedene soziale Träger beteiligt sind. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie stellt für JARA in diesem und dem kommenden Jahr rund 140 000 Euro zur Verfügung. Die Jugendarbeit erfolgt in enger Abstimmung mit dem bezirklichen Jugendamt und der Polizei. Rechtliche Grundlage des Projekts ist ein Kooperationsvertrag zwischen der Senatsverwaltung, dem Moabiter Ratschlag und dem Bezirk Mitte.

Dr. Sandra Obermeyer, Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste: „Es ist wichtig, dass junge Menschen, insbesondere junge Geflüchtete in Berlin ankommen und nicht im ‚Großstadtdschungeluntergehen. Mit dem JugendAktionsRaum am Alexanderplatz finanziert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie einen solchen Ort in Mitte, der mit Jugendarbeit dazu beitragen kann, Jugendliche zu binden, zu integrieren, sie zu beraten. Das ist eine wichtige Unterstützung auch der bezirklichen Jugendarbeit am Alexanderplatz, für die ich mich bedanke und der ich Erfolg wünsche.“

Rückfragen: Iris Brennberger, Telefon: (030) 90227 5844

03.11.2017, 15:00 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

**INNENSENATOR ANDREAS GEISEL
ZUR AKTUELLEN DISKUSSION
ÜBER DIE POLIZEIAKADEMIE**

„Ich nehme die Vorwürfe gegenüber der Polizeiakademie sehr ernst und habe die Polizeiführung aufgefordert, die aufgeworfenen Fragen umfassend zu beantworten. Im Augenblick gibt es in der Öffentlichkeit aber nur Gerüchte und anonyme Beschuldigungen. Niemand kann derzeit den Wahrheitsgehalt seriös überprüfen. Ich warne davor, auf dieser vagen Grundlage vorschnell und lautstark politische Forderungen zu formulieren oder Menschen zu diskreditieren.

Ich werde mich erst dann inhaltlich äußern, wenn mir seriöse Informationen vorliegen. Das können die Berlinerinnen und Berliner von ihrem Innensenator erwarten.

Ich wehre mich dagegen, dass hier – fahrlässig oder vorsätzlich – Stimmung gegen die Polizei gemacht wird. Ich zweifle nicht an der Integrität unserer Polizei und bekenne mich ausdrücklich zu Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund. Eine moderne Hauptstadtpolizei muss ein Spiegelbild unserer Gesellschaft sein. Diese Gesellschaft fußt auf dem Grundgesetz, gegenseitigem Respekt und Wertschätzung und der Einhaltung von Recht und Gesetz. Das gilt uneingeschränkt für alle.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport -
Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-31/-32

07.11.2017, 13:09 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**SENAT RICHTET
ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR OPFER UND
BETROFFENE VON TERRORANSCHLÄGEN
UND GROßSCHADENSEREIGNISSEN EIN**

Aus der Sitzung des Senats am 7. November 2017:

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung auf Vorlage des Senators für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dr. Dirk Behrendt, die Einrichtung einer Zentralen Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen (Zentrale Anlaufstelle) beschlossen.

Senator Dr. Behrendt: „In Situationen wie nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz richten sich die Blicke auf den Täter. Wir schaffen mit der Anlaufstelle nun eine feste Struktur, die umgehend für die Betroffenen da ist. Das ist bundesweit einmalig. Es bleibt zu hoffen, dass die Anlaufstelle wenig zu tun haben wird.“

Die Zentrale Anlaufstelle soll im Falle eines Terroranschlages in Berlin - oder auch einer anderen Großschadenslage mit einer Vielzahl von Verletzten und möglichen Todesopfern - die Belange der Betroffenen in den Fokus nehmen. Das Land Berlin besitzt bereits eine Vielzahl von guten Einzelangeboten, die sowohl von staatlicher Seite als auch von Freien Trägern vorgehalten werden. Diese Angebote wird es auch in Zukunft brauchen. Der Senat schafft darüber hinaus eine zusammenfassende, koordinierende, operative Stelle, die den Betroffenen sowohl unmittelbar in der Ereignisphase als auch in der Folgezeit zur Seite steht. Es wird nun ein effektives Hilfesystem errichtet, das die erforderlichen Strukturen vorhält und so in der Lage ist, seine Arbeit binnen kürzester Zeit nach einem solchen Ereignis aufzunehmen.

Aufgabe der Zentralen Anlaufstelle wird es zunächst sein, Betroffenen schnellstmöglich qualifizierte Auskünfte zu erteilen und sie in das Hilfenetzwerk der Beratungsstellen zu vermitteln. In enger Abstimmung mit den Sicherheits-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sollen relevante Informationen strukturiert an die Beratungsträger weitergegeben und die Aktivitäten des Landes Berlin und des Bundes koordiniert werden.

Rückfragen: Pressesprecher der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Telefon: (030) 9013-3633

06.11.2017, 14:40 Uhr

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

LSBTI-GESCHICHTE ENTDECKEN

Leitfaden veröffentlicht

Die Geschichte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) ist von Verfolgung und Verschweigen geprägt. Dokumente von Selbstbestimmung und Emanzipation sind nur schwer zu finden. Wegen der Zensur wurden zum Beispiel Codes wie die Abbildung eines Kreises und Begriffe wie „Freundschaft“ als Erkennungszeichen genutzt.

Die Landesantidiskriminierungsstelle der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung hat einen Leitfaden für staatliche und andere Archive und Bibliotheken veröffentlicht.

Dazu Senator Dr. Dirk Behrendt:

„Die Geschichte von Minderheiten und ihrem Kampf um Menschenrechte fehlt zum Teil der demokratischen Öffentlichkeit in Deutschland. Mit dem vorliegenden Leitfaden möchten wir dazu beitragen, dass Archivgut, Schriftstücke und andere Dokumente identifiziert und auffindbar gemacht werden. Auch Verantwortliche in Museen, Forschung und Bildung finden darin wichtige Informationen und Hinweise.“

Kostenfreie Bestellung der 64-seitigen Broschüre bei BroschuerenLADS@SenJustVA.Berlin.de, Tel. 9028 1876 oder Download im Internet unter http://www.berlin.de/sen/lads/assets/schwerpunkte/lbsb/materialien/schriftenreihe/archivleitfaden_lbsbti_gesichte.pdf.

10.11.2017, 10:20 Uhr
Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
ALLE JAHRE WIEDER: ADVENT IM WALD

Die Berliner Forsten bieten in der Adventszeit auch in diesem Jahr in stimmungsvoller Atmosphäre die Gelegenheit, sich unter anderem einen Weihnachtsbraten von Wildschwein oder Reh aus dem Berliner Wald zu kaufen. Es gibt insgesamt drei Termine:

Samstag, 02. Dezember 2017
Forstamt Tegel, von 13.00 bis 18.00 Uhr (Ruppiner Chaussee 78, 13503 Berlin, Buslinie 124, Haltestelle Tegelgrund, von dort aus zwei Minuten Fußweg):
Wildfleischverkauf, Brennholz, Schmuckreisig; Imbiss im Wald und Getränke mit Lagerfeuer-atmosphäre, Motorsägenkunst, Waldschulen/Waldkindergarten mit Kinderprogramm, Wald-führungen mit dem Förster, Greifvogelstation Tegelsee, Imkerhonig, Fischräucherei, Tischlereiprodukte und Dekorationen aus Holz, Blasmusik und Hörnerklang zum Advent und Informationen rund um den Berliner Wald. Die Veranstaltung ist eine Kooperation mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Berlin.

Samstag, 02. Dezember 2017
Forstamt Köpenick, von 10.30 - 16.00 Uhr (Dahlwitzer Landstraße 4, 12587 Berlin, fünf Minuten Fußweg vom S-Bahnhof Friedrichshagen):
Wildfleischverkauf, Versteigerung von Brennholz, Schwedenfackeln, Ofen- und Kaminbauer, Imker, Informationsstände zu den Themen: Holz aus Berliner Wäldern, Information zur Selbsterwerbung von Brennholz, Jagdinfomobil, Wildtiere im Stadtgebiet und Vorführung verschiedener Jagdhunderassen, Spiel und Spaß für die Kleinen mit der Waldschule, Bau von Vogelfutterhäusern mit dem Tischler und Holzschnitzereien mit der Motorsäge.

Sonntag, 17. Dezember 2017
Forstamt Grunewald von 11.00 bis 16.00 Uhr (Koenigsallee 80, 14193 Berlin, Parken ist nur entlang der Koenigsallee möglich; Buslinie M19 Haltestelle Hagenplatz, von dort aus acht Minuten Fußweg):
Wildfleischverkauf auf dem Wirtschaftshof des Forstamtes Grunewald, Verkauf von Kiefern-Schmuckgrün, Schwedenfackeln und Misteln.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Telefon: (030) 9025-1090

13.11.2017, 14:30 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
KAMPAGNE „FARBEN BEKENNEN“ WIRBT FÜR GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Die Kampagne „Farben bekennen“ startet ab 14. November 2017 in Berlin. Farben bekennen Geflüchtete, die in Berlin eine neue Heimat gefunden haben und sich aktiv für andere und das gemeinsame Zusammenleben engagieren. In den kommenden Tagen werden Plakate mit den Protagonistinnen und Protagonisten der Kampagne in Berlin zu sehen sein. Auf der Website www.farbenbekennen.de und in U-Bahnen werden Videos von Geflüchteten zu sehen sein, in denen sie sagen, warum es sich lohnt, Farbe zu bekennen und Verantwortung zu übernehmen.

Sawsan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales und Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und verantwortlich für die Kampagne: „Ich habe in den letzten Monaten viele engagierte Geflüchtete getroffen, die alle eins gemeinsam haben: Sie haben ihre Heimat verlassen und eine neue in Berlin gefunden. Und dieser neuen Heimat fühlen sie sich verpflichtet. Mit ‚Farbenbekennen‘ zeigen wir ihre Geschichten, erfahren, was meist verborgen ist, sagen, was typisch deutsch ist, und schaffen so ein neues Wir-Gefühl. Die Kampagne entlarvt das Vorurteil vom Geflüchteten als passiven Empfänger von Hilfeleistungen. Wir zeigen Menschen, die sich einbringen und unser gemeinsames Zusammenleben bereichern.“

Wettbewerb „Was ist typisch deutsch?“

Bekennen auch Sie Farben und schreiben Sie uns unter <http://www.farbenbekennen.de>, was für Sie „typisch deutsch“ ist, und gewinnen Sie eine Einladung zur gemeinsamen Weihnachtsfeier der Kampagne „Farben bekennen“ im Berliner Rathaus am 2. Dezember 2017. Neben allen Beteiligten der Kampagne erwarten Sie prominente Unterstützer aus Film, Musik und Sport wie Sherry Hormann, Till Brönner, Niels Giffey und viele mehr. Erleben Sie Auftritte von Fetsum und einen gemeinsamen Song von Max Prosa mit einem der Protagonisten bei einem „typisch deutschen Weihnachtsmarkt“.

Alle Informationen zum Wettbewerb und zur Kampagne unter: <http://www.farbenbekennen.de>

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

14.11.2017, 13:42 Uhr

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an den Humanistischen Verband Deutschlands – Landesverband Berlin Brandenburg e.V.

Der Senator für Kultur und Europa, Dr. Klaus Leder, begrüßt die zustimmende Kenntnisnahme des Senats für die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Gebiet des Landes Berlin an den Humanistischen Verband Deutschlands – Landesverband Berlin-Brandenburg.

Senator Dr. Lederer dankt dem gemeinnützigen Humanistischen Verband Deutschlands – Landesverband Berlin-Brandenburg für seine jahrelangen und kontinuierlich wachsenden Anstrengungen in der Kinder-, Jugendarbeit und zahlreichen anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten hier in Berlin: „Das Bemühen des Humanistischen Verband Deutschlands – Landesverband Berlin-Brandenburg um eine freigeistige humanistisch-wissenschaftlichen Weltanschauung ist in meinen Augen eine weitere wichtige Bereicherung in der kulturell vielfältigen, multireligiösen und eben auch säkularen Stadt Berlin.“

Der Senator weist dabei darauf hin, dass dies die erste Verleihung von Körperschaftsrechten an eine Weltanschauungsgemeinschaft im Land Berlin ist.

Der Humanistischen Verband Deutschlands – Landesverband Berlin-Brandenburg ist die mit Abstand größte Weltanschauungsgemeinschaft im Land Berlin. Der Humanistischen Verband Deutschlands – Landesverband Berlin-Brandenburg richtet in Berlin neben der Jugendfeier vielfache soziale Tätigkeiten in ca. 50 Einrichtungen aus. Er bietet zudem den Lebenskundeunterricht im Land Berlin mit gegenwärtig über 60.000 Schülerinnen und Schülern im Jahr an.

Rückfragen: Daniel Bartsch, Telefon: (030) 90 228 203

14.11.2017, 12:00 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

„ZEIT, EINFACH MAL DANKE ZU SAGEN!“

Kampagne gegen Gewalt gegen Polizeibedienstete, Feuerwehrleute, Lehrkräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsämter des Landes Berlin

Der Senator für Inneres und Sport, Andreas Geisel, hat heute die Plakatkampagne „Zeit, einfach mal Danke zu sagen!“ der Landeskommission Berlin gegen Gewalt vorgestellt. Mit der Kampagne wird den Dienstkräften der Polizei, der Feuerwehr und der Ordnungsämter sowie den Lehrerinnen und Lehrern Berlins für ihre Arbeit gedankt.

Dieser Dank gelte „allen Kolleginnen und Kollegen, die sich mit ihrer täglichen Arbeit für unsere Stadt und ihre Menschen einsetzen“, sagte Innensenator Geisel anlässlich der Präsentation der Plakatmotive. „Jeder Mensch, der im Dienst für unsere Gesellschaft unterwegs ist, verdient unseren uneingeschränkten Respekt.“

Man wolle einer gesellschaftlichen Tendenz deutlich entgegenzutreten, die sich in einer ablehnenden Haltung gegen staatliche Einsatz- und Dienstkräfte äußert, so der Innensenator.

Im Zentrum der Kampagne stehen 12 Plakatmotive, die je drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vier Berufsgruppen zeigen. Bis zum 18.12.2017 werden diese an Großflächenplakaten, Litfaßsäulen, an Haltestellen und im Fahrgastfernsehen der BVG in der Berliner Öffentlichkeit präsent sein. Auf der Internetseite

<http://www.berlin.de/einfachmaldanke>

werden Einblicke in den Berufsalltag gezeigt und über die Aufgaben, Leistungen und Herausforderungen der Dienst-, Einsatz- und Lehrkräfte informiert.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-31/-32

17.11.2017, 09:30 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

VERKAUFSOFFENE SONNTAGE FÜR DAS ERSTE HALBJAHR 2018 IN BERLIN FESTGELEGT

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Nach dem Berliner Ladenöffnungsgesetz dürfen pro Jahr acht verkaufsoffene Sonn- oder Feiertage zugelassen werden. Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, hat durch Allgemeinverfügung die verkaufsoffenen Sonntage für das erste Halbjahr 2018 in Berlin bestimmt. Verkaufsstellen dürfen danach im öffentlichen Interesse ausnahmsweise in der Zeit von 13.00 bis 20.00 Uhr geöffnet sein:

1. am Sonntag, dem 28.01.2018 zur 68. Internationalen Grünen Woche und zum 107. Berliner Sechstagerennen,
2. am Sonntag, dem 18.02.2018 zur Berlinale - Internationale Filmfestspiele,
3. am Sonntag, dem 11.03.2018 zur Internationalen Tourismus-Börse Berlin.

Weiter in der Mitteilung unter:

<http://www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2017/pressemitteilung.649368.php>

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

21.11.2017, 13:03 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**SPRACHLICHE VIELFALT IN BERLIN
ALS REICHTUM BEGREIFEN UND
IM UNTERRICHT WEITERENTWICKELN!**

Aus der Sitzung des Senats am 21. November 2017:

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung einen Bericht an das Abgeordnetenhaus zur Förderung von Mehrsprachigkeit beschlossen, der von der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Sandra Scheeres, eingebracht wurde.

Ziel ist es, auf Grundlage des Gesamtkonzepts zur Förderung der Mehrsprachigkeit perspektivisch für Berliner Schülerinnen und Schüler ein breites und auf den Bedarf zugeschnittenes Unterrichtsangebot für verschiedene Herkunftssprachen zur Verfügung zu stellen.

Standorte mit Zügen der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) in der Sprachkombination Deutsch-Türkisch sind bereits in Kreuzberg an der Aziz-Nesin-Grundschule und der Carl-von-Ossietzky-Schule eingerichtet. Gegenwärtig wird der Bedarf an weiteren Sprachen und neuen SESB-Zügen an bestehenden Grundschulen, insbesondere in den östlichen Bezirken, bei der Regionalen Schulaufsicht und den Schulträgern abgefragt.

Seit dem Schuljahr 2014/2015 läuft das Berliner Pilotprojekt „Herkunftssprache Arabisch“ erfolgreich an vier Grundschulen (Wedding-Grundschule, Grundschule am Fliederbusch, Erika-Mann-Grundschule, Carl-Bolle-Grundschule) – im Schuljahr 2017/18 derzeit mit 215 Schülerinnen und Schülern in 18 Lerngruppen.

Zurzeit wird muttersprachlicher Ergänzungsunterricht (MEU) durch diplomatische Vertretungen in Form des sogenannten Konsulatsunterrichts – mehrheitlich als MEU Türkisch (an 90 Grundschulen, vier Grundstufen von Integrierten Sekundarschulen für 2.239 Schülerinnen und Schüler), gleichfalls Portugiesisch, Italienisch, Mazedonisch, Serbisch – in neun Bezirken angeboten.

Eine Abfrage in den Bezirken soll Aufschluss darüber geben, in welchem Umfang und in welchem Bezirk Bedarf besteht, ein Sprachangebot für verschiedene Herkunftssprachen einzurichten. In einem ersten Schritt ist eine Ausweitung der eigenen Angebote für Türkisch und Arabisch geplant. Die Umsetzungsschritte werden derzeit hinsichtlich der erforderlichen fachlich-inhaltlichen, personellen und finanziellen Ressourcen ausgearbeitet. Geprüft wird, an welchen Standorten, in welchem Umfang, mit welchen Lehrkräften und curricularen Konzepten das Herkunftssprachen-Angebot ausgeweitet werden kann.

Zunächst sollen insbesondere Lehrkräfte eingesetzt bzw. weiter qualifiziert werden, die bereits im Land Berlin angestellt sind und über muttersprachliche bzw. muttersprachenähnliche Kompetenzen in den in Frage kommenden Herkunftssprachen verfügen.

Der Start mit eigenen Sprachunterrichtsangeboten Türkisch parallel zum Angebot des türkischen Generalkonsulats ist für das zweite Schulhalbjahr 2017/18 geplant.

Rückfragen: Pressesprecherin für Bildung, Telefon: (030) 90227-5843

22.11.2017, 11:11 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

**Nach abgeschlossenem Vergabeverfahren:
TAMAJA BERLIN GMBH WIRD BETREIBERIN
DER TEMPOHOMES AM COLUMBIADAMM**

**Bezug der Gemeinschaftsunterkunft
erfolgt in Kürze**

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales teilt mit:

Als Betreiberin des neuen Tempohome-Standortes am Columbiadam (Tempelhofer Feld) wurde die erfahrene Tamaja Berlin GmbH ausgewählt. Mit ihr gemeinsam bereiten die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) alles für einen baldigen Bezug der Gemeinschaftsunterkunft durch Geflüchtete vor.

Für Ende der Woche steht für den Betrieb der neuen Gemeinschaftsunterkunft auf dem Vorfeld des ehemaligen Flughafens Tempelhof noch eine letzte Genehmigung zur Nutzung durch den Bezirk aus. Danach kann der Start für den Betrieb des neuen Tempohome-Standortes am Columbiadam (Tempelhofer Feld) erfolgen. Anfang Dezember sollen die ersten Tempohomes von Geflüchteten bezogen werden.

Mit Bezugsfertigkeit des ersten bis dritten Bauabschnittes (ca. 650 Plätze der Gesamtkapazität von 1.124) des Tempohome-Standortes am Columbiadam können rund 170 Geflüchtete aus den Hangars 6 und 7 umziehen und nach gut zwei Jahren Aufenthalt in einer Notunterkunft nun in eine qualitativ bessere Gemeinschaftsunterkunft ziehen. Dort können die Bewohnerinnen und Bewohner selber kochen und haben mehr Privatsphäre als bislang in den Hangars.

Über die bevorstehende Inbetriebnahme des Tempohome-Standortes werden Anwohnerinnen und Anwohner rund um den ehemaligen Flughafen aktuell informiert. Vor dem Einzug der Geflüchteten in ihre neuen Wohnräume wird es am 3. Dezember dort einen Tag der offenen Tür geben.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

24.11.2017, 13:53 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

**Flüchtlingskoordinatorin zum Internationalen Tag
gegen Gewalt an Frauen:
GEFLÜCHTETE FRAUEN
BRAUCHEN BESONDEREN SCHUTZ**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Sybill Schulz, Leiterin der Koordinierung Flüchtlingsmanagement in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales erklärt:

„Jede Frau hat das Recht auf ein Leben frei von Gewalt, Armut und Diskriminierung in unserer Gesellschaft. Dennoch erleben Frauen in Wirklichkeit häufig körperliche, sexualisierte und psychische Gewalt. Diese Tatsachen dürfen nicht toleriert oder kleingeredet werden. Im Gegenteil: Gewaltschutzkonzepte für Frauen müssen konsequent umgesetzt werden.“

Geflüchtete Frauen brauchen den besonderen Schutz der Gesellschaft. Sie haben schon auf der Flucht vielfältige Formen der Gewalt erfahren und sind oft traumatisiert. Doch auch in der neuen Heimat können sie Gewalt erfahren ausgesetzt sein. Der Schutz vor Gewalt, Zwangsverheiratung und Menschenhandel im gesamten gesellschaftlichen Umfeld hat oberste Priorität.

Gewaltschutz soll auch in den stadtweiten Unterkünften für Geflüchtete ein stärkeres Qualitätskriterium werden. Wir werden gemeinsam mit vielen Akteurinnen der Zivilgesellschaft, unter ihnen ehrenamtlich Engagierte und die Geflüchteten selbst, die Unterbringung von Geflüchteten qualitativ verbessern. Dabei werden beispielsweise bestehende Foren und Initiativen von geflüchteten Frauen in zukünftige Prozesse miteinbezogen. So soll geflüchteten Frauen der Zugang zu Jobs als Sicherheitsfachkräfte in den Unterkünften ebenso gewährt und männliches Sicherheitspersonal besser geschult und interkulturell sensibilisiert werden. Auch in den neuen Verträgen mit Betreibern von Unterkünften sollen eine gute Vernetzung mit Frauenberatungsstellen, Stadtteilzentren und Vereinen verankert werden. Zugangsbarrieren für Rat- und Schutzsuchende sollen minimiert und bedarfsgerechte Angebote noch stärker verbreitet werden.“

Sybill Schulz ist seit Oktober 2017 Leiterin der Geschäftsstelle Koordinierung Flüchtlingsmanagement in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Sie war zuvor als Geschäftsführerin des Berliner Familienplanungszentrums – BALANCE tätig. In ihrer neuen Funktion ist sie unter anderem für die Weiterentwicklung und Qualitätsverbesserung bei der Unterbringung von Geflüchteten im Land Berlin zuständig.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

27.11.2017, 13:31 Uhr

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

FÊTE DE LA MUSIQUE GESICHERT

Die Fête de la Musique findet traditionell jährlich am 21. Juni, dem kalendarischen Sommeranfang, statt. Auch in den kommenden Jahren wird das Fest der Musik an diesem Tag in Berlin stattfinden. Die Finanzierung der Musikveranstaltung mit europäischem Ausmaß wird – vorbehaltlich der Zustimmung des Abgeordnetenhauses – erstmals vollständig im neu aufgestellten Landeshaushalt 2018 und 2019 gesichert werden.

Veranstalterin der Fête de la Musique ist das Land Berlin. Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa beauftragt ab 2018 die landeseigene Musicboard Berlin GmbH mit der Durchführung der Großveranstaltung. Damit soll nicht nur eine kontinuierliche Weiterentwicklung ermöglicht, sondern auch der stadt- und europaweiten Bedeutung der Veranstaltung Rechnung getragen werden.

Rechnung getragen werden.

Die Musicboard Berlin GmbH, unter der Geschäftsführung von Katja Lucker fördert im Namen des Landes Berlin die Kunst, Kultur- und Kreativwirtschaft im Bereich der Popmusik und –kultur. Als Kurator und Leiter der Fête de la Musique wird Björn Döring für das Land und das Musicboard fungieren. Er kennt die „Fête“ seit ihren Anfängen in den 1990er Jahren und hat mit der ehemaligen Festivalleiterin Simone Hofmann zusammengearbeitet. Diese hatte nach langjähriger Arbeit nach der Ausgabe der Fête de la Musique 2017 ihren Rückzug bekanntgegeben.

Kultursenator Dr. Klaus Lederer zur Fortführung der Fête de la Musique: „Ich freue mich sehr, dass wir die Fête de la Musique endlich mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstatten können um ihre Durchführung zu sichern. Eine stadt- und europaweit ausstrahlende Veranstaltung wie die Fête, die eine so verbindende Kraft zwischen Menschen und über Grenzen hinweg entfaltet, braucht diese Art der Förderung. Ich danke Simone Hofmann für ihr langjähriges und unermüdliches Engagement für die Fête de la Musique. Ohne dieses Engagement wäre die Fête de la Musique heute nicht das, was sie ist: Berlins Tag der Musik, für alle und von allen. Dafür meinen herzlichsten Dank.“

Rückfragen: Daniel Bartsch, Telefon: (030) 90 228 203

27.11.2017, 15:15 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**„Farben bekennen“ für unsere freie,
offene und tolerante Gesellschaft:
REGIERENDER BÜRGERMEISTER LÄDT ZUR
ABSCHLUSSFEIER INS ROTE RATHAUS
AM 2. DEZEMBER 2017 EIN**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, lädt Staatssekretärin Sawsan Chebli am Sonnabend, 2. Dezember 2017, ab 17 Uhr, zur Weihnachtsfeier der Kampagne „Farben bekennen“ ins Rote Rathaus ein.

Das festliche Beisammensein in vorweihnachtlichem Rahmen und mit einem abwechslungsreichen Bühnenprogramm gestalten zahlreiche Prominente aus Kultur und Politik. Moderiert wird es von Paul Ronzheimer und Staatssekretärin Sawsan Chebli. Max Prosa, Clemens Schick, Fetsum und viele andere prominente Unterstützer aus Musik, Film und Sport werden dabei sein.

Im Mittelpunkt stehen aber die acht Protagonisten der Kampagne, deren Fotos seit 14. November stadtweit zu sehen waren. Sie äußern sich zu ihrem Weg und dem Ankommen in unserer Gesellschaft. Mit „Farben bekennen“ wollen Sie zeigen, dass sie sich für das Land stark machen, in dem sie nun in Frieden leben können.

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller: „Der Schutz unserer freien, offenen und toleranten Gesellschaft liegt in unser aller Hände. Beim vorweihnachtlichen Zusammensein im Rathaus wollen wir die Gemeinsamkeit in den Vordergrund stellen. Berlin gilt weltweit als eine Stadt der Freiheit. Dafür stehen auch die acht Menschen, die der Kampagne ‚Farben bekennen‘ ihr Gesicht gegeben haben.“

Die Kampagne wurde von Sawsan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Demokratieförderung ins Leben gerufen. Zur Abschlussveranstaltung erklärt sie: „Mir ist es ein Herzensanliegen, dass wir als Gesellschaft den Geflüchteten Teilhabe ermöglichen, ihnen eine Plattform geben, wo sie ihrer Stimme Gehör verschaffen. Mit der Kampagne ‚Farben bekennen‘ haben sie in der Öffentlichkeit ein Gesicht. Viele Prominente aus Kultur und Politik stellen sich an dem Abend in den Dienst der guten Sache. Gemeinsam wollen wir ein Zeichen setzen für ein Deutschland ohne Hass. Ein Deutschland, das seinen Kompass nicht verloren hat.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

29.11.2017, 13:42 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

**BRANCHENDIALOGE
ZUR BESSEREN ARBEITSINTEGRATION
VON GEFLÜCHTETEN GESTARTET**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat gemeinsam mit relevanten Akteuren im Bereich Ausbildung und Arbeit sogenannte Branchendialoge zur Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit gestartet. Bei den Dialogen wird es darum gehen, wie Unternehmen und Geflüchtete besser zueinander finden und wie die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit künftig noch zielgenauer gefördert werden kann.

Beteiligt sind die Bundesagentur für Arbeit, Gewerkschaften, Branchenverbände und Kammern sowie Ausbildungsstätten und Oberstufenzentren. Beim Auftaktgespräch der Dialogreihe standen heute GRÜNE BERUFE wie beispielsweise Gärtnerin/Gärtner, Forstwirtin/Forstwirt oder Pferdewirtin/Pferdewirt im Fokus.

Alexander Fischer, Staatssekretär für Arbeit und Soziales, sagte: „Eine bessere Integration von Geflüchteten kann nur gelingen, wenn die Zusammenarbeit aller Beteiligten funktioniert. Wir werden die Branchendialoge nutzen, um Erfahrungen auszutauschen und Veränderungsprozesse anzustoßen sowie gemeinsam Lösungswege zur Verbesserung der Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung finden.“

Ausgehend von ihren Erfahrungen mit Geflüchteten regten die beteiligten Ausbildungsstätten und Fachverbände der Grünen Branche an, auf die spezifischen Bedürfnisse von Geflüchteten zugeschnittene Beratungsangebote zu schaffen. Dabei soll umfassend über die Vielfalt und über Tätigkeitsschwerpunkte der GRÜNEN BERUFE informiert werden.

Matthias Lösch, Vorsitzender des Fachverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Berlin und Brandenburg e. V., betonte: „Wie bringen wir unsere Berufe den geflüchteten Menschen nahe? Betriebliche Praktika sind entscheidend. Da werden wir uns auch weiter engagieren. Formen und Wege der Information müssen wir anpassen. In organisatorischen Fragen bleibt sicher noch Unterstützungsbedarf. Der Branchendialog ist ein guter Weg, die gemeinsamen Aktivitäten abzustimmen.“

Staatssekretär Fischer kündigte an, dass die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Kürze die Stelle einer Ausbildungsberaterin oder eines Ausbildungsberaters für GRÜNEN BERUFE ausschreiben wird. Diejenige oder derjenige wird auch Geflüchtete in Ausbildung beraten.

Die Branchendialoge werden für weitere Branchen fortgesetzt, unter anderem für das Handwerk, den Öffentlichen Dienst, das Baugewerbe, das Tourismus-, Hotel- und Gaststättenwesen, für Berufe im Gesundheitswesen und im Bereich Handel, für das Sicherheitsgewerbe sowie für die Logistikbranche und für IT-Berufe.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Die Berliner Verwaltung und ihr Beauftragtenwesen

Abgeordnete: Demirbüken-Wegner, Emine (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12387.pdf>

Titel: Staatsangehörigkeiten in Berlin

Abgeordneter: Luthe, Marcel (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12401.pdf>

Titel: Konsultatsunterricht an Berliner Schulen – Licht in die Blackbox bringen II

Abgeordneter: Langenbrinck, Joschka (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12426.pdf>

Titel: Islamistische Gefährder in Berlin – Auch weiterhin kein Informationsaustausch zwischen dem Landeskriminalamt Berlin und den Abschnitten der Polizei Berlin?

Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12437.pdf>

Titel: Abschiebungen aus der Strafhaft nach § 456 a StPO

Abgeordneter: Luthe, Marcel (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12407.pdf>

Titel: Schutz vor Diskriminierung und Förderung von Diversität bei den landeseigenen Betrieben: Berliner Bäder-Betriebe (BBB) - AöR

Abgeordneter: Walter, Sebastian (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12473.pdf>

Titel: Schutz vor Diskriminierung und Förderung von Diversität bei den landeseigenen Betrieben: Berliner Bäder-Betriebe (BBB) - AöR

Abgeordneter: Walter, Sebastian (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12473.pdf>

Titel: Evaluierung des Programms IntegrationslotsInnen und -Lotsen

Abgeordnete: Domer, Bettina (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12442.pdf>

Titel: Rassismus vor der Club-Tür

Abgeordneter: Verrycken, Frédéric (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12438.pdf>

Titel: Kosten bei Polizei und Justiz für Dolmetscher und Übersetzungen

Abgeordneter: Woldeit, Karsten (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12460.pdf>

Titel: Nutzung des Super-Ferien-Passes von Kindern und Jugendlichen in Berlin

Abgeordneter: Mohr, Herbert (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12485.pdf>

Titel: Praktika für geflüchtete Menschen

Abgeordnete: König, Bettina (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12487.pdf>

Titel: Zivilcourage erwünscht – Zeugenschutz auch?

Abgeordneter: Freymark, Danny (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12500.pdf>

Titel: Schüleraustausch

Abgeordneter: Lindemann, Gunnar (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12499.pdf>

Titel: Unterbringung von Flüchtlingen in der Seehäuser Straße in Hohenschönhausen

Abgeordneter: Freymark, Danny (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12505.pdf>

Titel: Politisch motivierte Gewalt von rechts und ihre Dokumentation im Jahr 2016
 Abgeordneter: Taş, Hakan (LINKE)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12543.pdf>

Titel: Kinder- und Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
 Abgeordneter: Luthe, Marcel (FDP)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12558.pdf>

Titel: Ausstellung im Heimatmuseum Kreuzberg: „Andere Heimaten – Herkunft und Migrationsrouten von Drogenverkäufern in Berliner Parks“
 Abgeordneter: Trefzer, Martin (AfD)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12571.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:
**BERLINER
 EUROPAPORTAL**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/EU>

BMI:
**15.170 ASYLSUCHENDE IM OKTOBER 2017
 Weiterer Abbau der Altfälle**

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat die Zahl der anhängigen Verfahren auf 87.187 Ende Oktober 2017 weiter reduziert.

Im Monat Oktober 2017 wurden 15.170 Asylsuchende in Deutschland registriert. Diese kamen vor allem aus Syrien, dem Irak und der Türkei. Die Zahl der beim Bundesamt gestellten förmlichen Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) lag im Monat Oktober 2017 bei 17.028.

Weiter in der Mitteilung mit den Zahlen im Einzelnen unter:

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/11/asylantraege-oktober-2017.pdf>

[PM BMI v. 09.11.2017; RED]

**JRS:
 ERFahrungen NUTZEN UND WÜRDIGEN**

Die Erfahrungen der vielen engagierten Menschen in Willkommensinitiativen politisch zu würdigen und zu nutzen: Das hat der Jesuiten-Flüchtlingsdienst (Jesuit Refugee Service, JRS) am 14.11. anlässlich seiner Jahrespressekonferenz in Berlin gefordert. Er stellte die Ergebnisse einer europaweiten JRS-Studie vor, an der sich auch 50 lokale Initiativen in Deutschland beteiligt

hatten. Von der künftigen Regierungskoalition erwartet die Organisation ein Ja zur Familienzusammenführung und eine klare menschenrechtliche Haltung bei der Reform des EU-Asylrechts in Brüssel.

„Es ist unverhältnismäßig, welche enorme Aufmerksamkeit die Politik und manche Medien den ressentimentgeladenen Forderungen einer mosernden Minderheit widmen. Diese Aufmerksamkeit sollte besser den Millionen Menschen gelten, die sich ohne viel Aufhebens vor Ort reinhängen und mit Zeit, Energie und Kreativität ein menschliches und freundliches Umfeld schaffen. Sie sind es, die diese Gesellschaft besser und die Demokratie stärker machen“, sagte der Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Frido Pflüger SJ in Berlin. Der JRS hat Willkommensinitiativen in neun europäischen Ländern nach ihren Erfahrungen und Praktiken gefragt und daraus Empfehlungen für die Politik abgeleitet. „In der Politik werden Flucht und Migration meistens als Problem behandelt. Das geht an der Wirklichkeit vorbei“, lautet ein Fazit dieser Studie. „Das Positive muss viel stärker betont werden.“ Eine Basisfinanzierung, die auch für kleine Initiativen zugänglich ist, könnte Engagement verstetigen.

Die JRS-Studie hat zahlreiche Beispiele dafür gefunden, dass von Willkommensinitiativen nicht nur geflüchtete Menschen profitieren, sondern die Gemeinschaft als Ganzes. Mandy Rieger und Fateh Abuludan, der vor mehreren Jahren selbst aus Libyen geflohen ist, haben das ehrenamtlich initiierte „Kompetenzzentrum für Integration“ in Plauen mit aufgebaut. Die Angebote von der Hausaufgabenbetreuung übers Grillfest bis zum Frauenboxen richten sich an alle – nicht nur an geflüchtete Menschen. „Wenn jemand Vorurteile hat, kann ich ihn nicht durch Reden überzeugen“, weiß Mandy Rieger aus Erfahrung. „Ich muss die Leute zusammenbringen. Wenn sie gemeinsam etwas machen können – etwas aufbauen oder einfach nur Spaß haben –, dann ändert sich was in den Köpfen.“

Fayez Wasal, der seit zwei Jahren in Deutschland lebt, hat sich mit Hilfe von „Ankerplatz St. Pauli“, der Flüchtlingshilfe an der Friedenskirche in Hamburg, viel schneller zurechtgefunden, als er es selbst anfangs für möglich gehalten hat. Der afghanische Familienvater mit zwei Universitätsabschlüssen konnte nach zwei Jahren in Massenunterkunft und Containern kürzlich eine private Wohnung beziehen und versucht, seine Qualifikationen anerkennen zu lassen. „Für die Integration unserer Kinder wäre es gut, wenn meine Frau und ich wieder arbeiten könnten“, sagt er. „Wir sind nicht hergekommen, um etwas geschenkt zu bekommen, wir wollen etwas beitragen. Aber es dauert sehr lange, unsere Dokumente anerkennen zu lassen.“ Pater Pflüger ergänzt: „Wer Integration fördern will, sollte allen Asylsuchenden von Anfang an ermöglichen, Deutsch zu lernen. Wer hier bleiben darf, sollte wenigstens die engsten Angehörigen nachholen dürfen. Alle würden gewinnen, wenn der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse leichter würden.“

Dass trotz steigender Flüchtlingszahlen weltweit nur noch wenige Asylsuchende bis nach Deutschland gelangen, verändert die Arbeit in den Initiativen. Seit Herbst 2015 sind dezentral haupt- und ehrenamtlich viele Kompetenzen und Ressourcen aufgebaut worden. „Diese Kapazitäten sollte die Bundesregierung jetzt nicht wieder austrocknen, sondern sinnvoll nutzen, z.B. durch Aufnahme von Flüchtlingen in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen und von den überlasteten europäischen Randstaaten“, so Pflüger.

Informationen zum Kompetenzzentrum für Integration, Plauen: <https://kompetenzzentrum-plauen.de/>
Informationen zum Ankerplatz St. Pauli e.V. / Flüchtlingshilfe an der Friedenskirche, Hamburg: <https://www.ankerplatzstpauli.com/>

Die Kampagne „I Get You“ („Ich versteh‘ dich“) wird ko-finanziert von dem EU-Programm Rechte, Gleichberechtigung und Unionsbürgerschaft. Mehr Informationen unter: <http://www.igetyou-jrs.org/>

Der Jesuit Refugee Service (Jesuiten-Flüchtlingsdienst, JRS) wurde 1980 angesichts der Not vietnamesischer Boat People gegründet und ist heute als internationale Hilfsorganisation in mehr als 50 Ländern aktiv. In Deutschland ist der Jesuiten-Flüchtlingsdienst für Asylsuchende, Abschiebungsgefangene und Flüchtlinge im Kirchenasyl tätig und setzt sich für sog. Geduldete und Menschen ohne Aufenthaltsstatus („Papierlose“) ein. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind Seelsorge, Rechtshilfe und politische Fürsprache.

Internet: <http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de>

NDO:

JAMAICA-DISKUSSION

ÜBER FLÜCHTLINGE WAR FALSCH

Deutschland braucht ein nationales Antirassismus-Programm

Die Bundesrepublik erlebt einen Rechtsruck wie nie zuvor. Trotzdem haben die Jamaika-Parteien vor allem über Flucht- und Migrationsthemen gestritten. Wichtige Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt fehlten, müssen aber endlich auf den Tisch.

„Die Zusammensetzung der 52 Mitglieder der Jamaika-Sondierungsrunde sagt viel darüber aus, wer in diesem Land mitreden darf und wer nicht“, sagt Ferda Ataman, Sprecherin der Neuen Deutschen Organisationen. Ein Blick auf die Teilnehmerliste zeigt: Von den 52 Mitgliedern der Sondierungsrunde hatten lediglich 2 einen Migrationsvordergrund, das sind gerade einmal vier Prozent. „Hier diskutierten vor allem weiße Männer über 50 Jahre, womit sich Deutschland in der kommenden Legislaturperiode beschäftigt“, so Ataman. „Und das ist fatal.“

„Das Scheitern von Jamaika kann auch eine Chance sein. Wir brauchen eine Vision für ein Land, das allen

Menschen Heimat und Identität geben kann und keine kleinkarierten Zahlenspielchen mit dem Leben von verfolgten Menschen“, sagt Dominik Wullers, stellvertretender NDO-Sprecher und Mitglied beim Verein Deutscher Soldat. „Auch jenseits von Sondierungsgesprächen spricht niemand mehr darüber, wie die Einwanderungsgesellschaft gestaltet werden kann. Alle reden über Fluchtursachen und Integration von Neuzuwandern“, kritisiert Wullers.

Alle Parteien gehen offenbar von der Prämisse aus, dass die meisten Menschen in Deutschland gegen die Zuwanderung von Geflüchteten sind. Doch Studien zeigen, dass das nicht stimmt und viele Einwohner Zuwanderung optimistisch gegenüber stehen. Umso wichtiger ist die Mitsprache von Menschen aus Einwandererfamilien. Um für mehr Sichtbarkeit zu kämpfen, treffen sich zum ersten Mal am 20. und 21. November Migrantenorganisationen zu einer Bundeskonferenz in Berlin. 46 Organisationen diskutieren hier ihre zentralen Forderungen an die Politik. Die NDO sind auch dabei. <https://www.tgd.de/2017/11/09/20-21-november-2017-in-berlin/>

„Es ist an der Zeit, über unsere Sorgen zu sprechen“, sagt Ferda Ataman. „Im Gegensatz zu den Flüchtlingsgegnern haben wir begründete Sorgen. Der Rechtsruck betrifft uns. Die Daseinsberechtigung von Menschen, die nicht so aussehen, wie man sich früher Deutsche vorgestellt hat, wird derzeit in Frage gestellt.“ Man müsse ernst nehmen und darüber reden, was gerade in Deutschland passiert. „Wir erleben einen Rechtsruck, wie es ihn noch nie zuvor in der Bundesrepublik gab.“

Die Zahl der verbalen und gewaltsamen Übergriffe auf Flüchtlinge und Muslime in Deutschland ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. „Das ist nicht nur gefährlich für die Betroffenen, das gefährdet auch die Zukunft Deutschlands“, sagt Gün Tank, Geschäftsleiterin der NDO. „Wir brauchen eine Politik, die Rechtspopulismus und -extremismus entschieden entgegentritt und für eine pluralistische Gesellschaft steht. Deswegen fordern wir ein ernst gemeintes, flächendeckendes, nationales Anti-Rassismus-Programm. Sofort.“

[PM NDO v. 20. November 2017]

Kontakt

Neue Deutsche Organisationen
Potsdamer Straße 99
10785 Berlin

Tel.: (030) 254 645 72

Internet: <http://www.neue-deutsche-organisationen.de>

Zu den NDO: Die NEUEN DEUTSCHEN ORGANISATIONEN sind ein bundesweites Netzwerk von Vereinen und Initiativen, die sich für die Akzeptanz von Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe einsetzen. Die Geschäftsstelle wird gefördert durch die Stiftung Mercator, Träger: Neue Deutsche Medienmacher e.V.

Interviewstudie:

WIE GELINGT INTEGRATION?

Asylsuchende über ihre Teilhabeperspektiven

Die meisten Flüchtlinge wollen rasch arbeiten; zugleich besteht großes Interesse, sich zu qualifizieren und weiterzubilden. Das zeigt eine gemeinsame Interviewstudie des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und der Robert Bosch Stiftung. Welcher Weg zu gesellschaftlicher Teilhabe führt, ist dabei individuell verschieden. Deshalb sind flexible Strukturen und passgenaue Maßnahmen für Flüchtlinge nötig. Die Studie zeigt darüber hinaus: Persönliche Begegnungen und zwischenmenschliche Kontakte sind von zentraler Bedeutung für Integration und Teilhabe.

Die Frage, wie die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland künftig gestaltet werden soll, beschäftigt Politik und Zivilgesellschaft. Hierzu gehört auch, wie es gelingen kann, gute Teilhabebedingungen für diejenigen zu schaffen, die einen Schutzstatus erhalten. Wie sehen die Lebenslagen von Asylsuchenden aus, was erwarten sie vom Leben in Deutschland? Der SVR-Forschungsbereich und die Robert Bosch Stiftung haben gemeinsam eine Studie durchgeführt, um diese Fragen zu beantworten. „Die Perspektive der Flüchtlinge kommt in der Forschung und der öffentlichen Diskussion meist zu kurz“, sagt Ottilie Bälz, Leiterin des Themenbereichs Gesellschaft bei der Robert Bosch Stiftung. „Hinzu kommt, dass sich die individuellen Erfahrungen und Lebenslagen von Flüchtlingen stark unterscheiden: ‚Den‘ Flüchtling gibt es nicht.“

Die Studie „Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland“ basiert auf 62 qualitativen Interviews, die zwischen März 2016 und April 2017 mit Flüchtlingen mit unsicherem Aufenthaltsstatus geführt worden sind. Die Befragten stammten aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Pakistan, Albanien, dem Kosovo und Mazedonien. Die Befragung gibt Aufschluss darüber, welche Bedarfe und Erwartungen die Schutzsuchenden haben, welche Fähigkeiten sie mitbringen und wie sie ihre aktuelle Lebenslage wahrnehmen. Eines der Alleinstellungsmerkmale der Untersuchung ist der offene Teil der Interviews, in dem die Asylsuchenden ihre Themen selbst wählen konnten. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ für alle Flüchtlinge in Deutschland, decken jedoch viele unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen ab.

„Fast alle Neuankömmlinge wollen möglichst schnell arbeiten, um finanziell unabhängig zu sein. Gleichzeitig wollen sie sich aber auch qualifizieren oder weiterbilden“, so Dr. Jan Schneider, der Leiter des SVR-Forschungsbereichs. „Um dieses Spannungsfeld aufzulösen, braucht es flexible Strukturen. Die Maßnahmen, die den Zugang zu Arbeit, Ausbildung und gesellschaftlicher Teilhabe insgesamt fördern, müssen zu den individuellen Lebenslagen der Flüchtlinge passen. Sonst greifen sie nicht.“ Neben dem Zugang zu Arbeit und

Bildung spielt es für die Integration auch eine Rolle, wie das lokale Umfeld aussieht: Flüchtlinge brauchen nicht nur Wohnraum, sondern auch zwischenmenschliche Begegnungen und Kontakte. „Wenn die Bedingungen stimmen, würden viele auch gerne in kleineren Kommunen und in ländlichen Räumen bleiben“, hebt Dr. Schneider ein Ergebnis der Studie hervor. „Die Städte und Gemeinden tragen eine hohe Verantwortung: Sie sind der Motor für die gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen.“

Was kann die künftige Bundesregierung tun, um Integrationsprozesse zu erleichtern? Asylsuchende werden derzeit nach ihrer Bleibeperspektive eingeteilt und unterschiedlich behandelt. Außerdem wurde der Familiennachzug teilweise ausgesetzt. Die Studie zeigt, dass beides zumindest aus integrationspolitischer Sicht nicht sinnvoll ist. Dr. Schneider empfiehlt, die Rahmenbedingungen den Erfordernissen anzupassen: „Deutschland sollte den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wie geplant wieder einführen und die Aufenthaltssituation der Flüchtlinge schneller klären. Zudem sollten für Asylsuchende gleiche Aufnahme- und Verfahrensstandards gelten, vor allem für diejenigen mit guter und mittlerer Bleibeperspektive, und die Asylverfahren sollten weiter beschleunigt werden. Wissen über den Ablauf und Stand des Asylverfahrens sowie über Teilhabeoptionen macht Flüchtlinge handlungsfähig, diese Fähigkeit gilt es zu erhalten und zu fördern. Neben möglichst passgenauen Maßnahmen für den Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Sprachkenntnissen ist die soziale Teilhabe ein Kernbedürfnis der Asylsuchenden. Sie sollte stärker als bisher im Fokus von Integrationskonzepten stehen.“

Studie „Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland“, November 2017, Download:

https://www.svr-migration.de/publikationen/wie_gelinkt_integration/

[PM SVR v. 21. November 2017]

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Aktuelle Qualifizierung:

BERUFSPILOT

UND BETRIEBSUNTERHALT – SPANDAU 2020

Projekt für arbeitslose Berlinerinnen und Berliner und Menschen mit Fluchterfahrung über 27 Jahre

Einstieg ab sofort möglich

Das Projekt *Berufspilot und Betriebsunterhalt – Spandau 2020* des Bezirksamtes Spandau von Berlin wird im ESF-Bundesprogramm Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier - BIWAQ durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und den Europäischen Sozialfonds gefördert.

Bereits seit Juni 2015 bietet das Projekt arbeitslosen Berlinerinnen und Berlinern und Menschen mit Fluchterfahrung (Sprachzertifikat B 1), die älter als 27 Jahre sind, die Möglichkeit, über eine modulare Qualifizierung (Bereich Instandhaltung und Pflege von Wohn- und Außenanlagen) in der Berliner Wohnungswirtschaft in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung einzusteigen.

55 freie Stellen - Einstieg jederzeit!

Sie wollen schnell in Arbeit kommen und tariflich entlohnt werden? Nach einer 3-6monatigen Qualifizierung stellen unsere Kooperationspartner Helfer*innen ein.

Kurzqualifizierung in den Bereichen:

- Elektrotechnik
- Sanitär- und Metalltechnik
- Außenanlagen, Grün- und Graufächenpflege
- Oberflächen- und Trockenbautechnik
- Klima- und Energietechnik

Im letzten Projektjahr, Januar bis Dezember 2018, bietet das Projekt neben der 12 monatigen Qualifizierung eine flexible und an den Bedarfen und Fähigkeiten der Interessenten orientierte verkürzte 3-6 monatige Qualifizierung an. Dieses Angebot findet insbesondere in den Bereichen Elektrotechnik und Sanitärtechnik statt. Während der Qualifizierung in den Werkstätten lernen die Interessenten auch verschiedene Unternehmen der Berliner Wohnungswirtschaft im Rahmen zweier Praktika kennen. Bei einem erfolgreichen Verlauf der Qualifizierung und der Praktika sowie der persönlichen Eignung ist die Übernahme in eine sozialversicherungspflichtige Anstellung als Fachhelfer*in Elektrotechnik oder Sanitärtechnik durch unsere Kooperationsunternehmen zugesichert.

Wer über handwerkliches Geschick verfügt, seine Fähigkeiten erweitern möchte und eine langfristige Beschäftigung in der Wohnungswirtschaft anstrebt, kann ab sofort mit der Qualifizierung beginnen.

Die Projektmitarbeiter*innen stehen den Interessenten **Montag bis Freitag von 09:00 Uhr bis 15:00 Uhr** gerne für weitergehende Informationen zur Verfügung.

Kontakt

Berufspilot und Betriebsunterhalt – Spandau 2020
Heerstraße 444
13593 Berlin

Tel.: (030) 375 890 10

E-Mail: info@betriebsunterhalt.de
Internet: <http://www.betriebsunterhalt.de>

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB):
AKTUELLE WEITERBILDUNGEN IM FCZB
Termine im Dezember/Januar-Februar 2018

Start: 4. Dezember 2017

Fit für den Job mit MS Office und Internet-Know-how

Die dreimonatige Weiterbildung spricht Frauen an, die beruflich wieder durchstarten wollen und dafür aktuelle Computerkenntnisse benötigen.

Nach der Weiterbildung können sich die Teilnehmerinnen sicher und gezielt im Internet bewegen. Sie erstellen mit den aktuellen MS-Office-Programmen Word, Excel und PowerPoint professionelle Dokumente und kennen sich mit Internet-Anwendungen zur Online-Zusammenarbeit aus. Darüber hinaus werden sie ihre Bewerbung strategisch geplant und ihre Bewerbungsunterlagen aktualisiert haben. Und sie können das Internet für ihre Stellensuche nutzen und sich auch online bewerben.

Inhalte: PC-Arbeitsplatz-Organisation, Informationssuche im Internet, Dokumente und Präsentationen gestalten, E-Mail- und Terminverwaltung, Online-Zusammenarbeit, Urheberrecht, Datenschutz, Profilentwicklung, Jobrecherche, (Online-) Bewerbung
Zielgruppe: Erwerbslose oder geringfügig beschäftigte Frauen, die ihre MS Office- und Internetkenntnisse ausbauen und sich auf Jobrecherche und Bewerbung vorbereiten möchten. Voraussetzung: Deutschkenntnisse B2

Dauer und Lernform: 12 Wochen, späterer Einstieg nach Absprache möglich. Präsenztraining
Kosten/Förderung: Bildungsgutschein oder Selbstzahlerin (Preis auf Anfrage). Die Weiterbildung gehört zu dem Projekt IT- und Medienkompetenzzentrum (IMZ) und wird gefördert aus Mitteln der Senatsverwaltung für

Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung.

Mehr zur Fortbildung: <http://fczb.de/fit-fuer-den-job-mit-ms-office-und-internet-know-how-5/>

Start: 8. Januar 2018

Infotermin für Interessentinnen: 07.12.17, 14 Uhr
**IT-Know-how
für den beruflichen Wiedereinstieg (Teilzeit)**

Die ESF-Qualifizierung IT-Know-how für den Wiedereinstieg bereitet Frauen mit beruflichen Vorerfahrungen optimal und gezielt darauf vor, nach einer längeren Familienphase wieder erwerbstätig zu werden.

In dem 21-wöchigen Lernangebot beschäftigen sich die Teilnehmerinnen mit neuen Technologien in Büro und Verwaltung, sie arbeiten mit MS-Office-Programmen und modernen Webtools, wissen, wie man Daten aufbereitet, Präsentationen erstellt und absolvieren Bewerbungstrainings.

Sie erproben in der Teilzeit-Qualifizierung, wie Sie Ihre familiären Verpflichtungen mit einer späteren Berufstätigkeit in Einklang bringen können und lernen verschiedene Wege und Strategien zur Vereinbarkeit kennen. Seit 1984 haben mehr als 1.500 Frauen an der Weiterbildung teilgenommen.

Inhalte: Betriebssystem und Dateiverwaltung, Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentation, Arbeiten mit Outlook, Internetrecherche und Cloud Computing, Datenschutz, Kompetenzbilanzierung, Bewerbungs- und Präsentationstraining

Zielgruppe: Berufsrückkehrerinnen aus Büro- und Verwaltungsberufen oder mit vergleichbaren Kenntnissen

Dauer und Lernform: 8.1. – 25.5.18 (21 Wochen). Späterer Einstieg nach Absprache möglich. Präsenz Trainings- und Lernzeiten: Mo bis Fr 9.00 bis 12.30 Uhr, dann individuelle Übungszeit bis 14.00 Uhr

Kosten/Förderung: 110 Euro, erm. 60 Euro. Gefördert von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Berlin.

Mehr zur Fortbildung: <http://fczb.de/it-know-how-fuer-den-wiedereinstieg-3>

Blogbeitrag, Feedback einer Absolventin:
<http://blog.fczb.de/2017/06/fczb-eine-gute-entscheidung/>

Start: 19. Februar 2018

Infotermine: 31.1., 7.2. und 13.2.18 (jeweils 10 Uhr)
**Berufliche Orientierung und
berufsbezogenes Deutsch für Migrantinnen**

Sie möchten (wieder) in den Job einsteigen und suchen nach einer Qualifizierung, in der Sie sich beruflich ori-

entieren und Ihre Deutschkenntnisse erweitern können. Haben Sie bereits Vorstellungen, wohin es beruflich gehen soll? Oder möchten Sie erst noch Berufsbilder kennenlernen? Entdecken Sie Ihre Stärken und Potenziale, um Ihren Weg zu finden.

Inhalte: Kompetenzentwicklung und Berufsorientierung, (berufsbezogenes) Deutschtraining, Textverarbeitung, Internetrecherche und E-Mail

Zielgruppe: Erwerbslose Frauen mit Fluchterfahrung oder Migrationshintergrund

Voraussetzungen: Deutschkenntnisse A2/B1

Dauer und Lernform: 12 Wochen Teilzeit (19.2. – 2.6.18), Blended Learning (Präsenz und online)

Trainings- und Lernzeiten: 9.00 bis 12.30 Uhr, Übungszeit bis 14.00 Uhr

Kosten/Förderung: Kostenfrei. Gefördert von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Berlin.

Mehr zur Fortbildung: <http://fczb.de/berufliche-orientierung-und-berufsbezogenes-deutsch-fuer-migrantinnen-3/>

Kontakt/ Beratung/ Anmeldung

Veranstaltungsort:
FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB)
Cuvrystraße 1
10997 Berlin

Persönliche Beratung: Tel. (030) 61 79 70 -16

E-Mail: info@fczb.de
Internet: <http://www.fczb.de>

Workshops/ Tagungen

01.12., GePGeMi e.V., Fachtag:

**„LIEBE (ASIATISCHE) SENIOR*INNEN,
WIE GEHT'S IHNEN HEUTE?“**

Freitag, 01.12.2017, 10 bis 16:00 Uhr
Rathaus Charlottenburg, BVV-Saal
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

In Zeiten des demografischen und gesellschaftlichen Wandels, der in Deutschland von Langlebigkeit und Zuwanderung geprägt ist, sind Altern und Alter vielfältiger geworden. Zu dieser wachsenden Heterogenität trägt auch die wachsende ethnische und kulturelle Differenzierung des Alters bei: Der Anteil der älteren Migrant*innen nimmt zu - mit steigender Tendenz. Von diesem demografischen und gesellschaftlichen Wandel und dessen Herausforderungen sind auch ohne Ausnahme die (ost-)asiatischen älteren Migrant*innen betroffen, die als Gast- bzw. Vertragsarbeiter*innen, Flüchtlinge oder aus unterschiedlichen persönlichen Gründen in den 1960er, 1970er oder 1980er Jahren in Deutschland einreisten, sich niederließen und hier auch die Lebensphase des Alters erleben werden.

Angesichts der steigenden Zahl älterer Migrant*innen aus (ost-)asiatischen Ländern sind Kenntnisse über ihre gesundheitliche Lage und ihre Bedürfnisse notwendig, um sie bei der zukünftigen Planung von gesundheitsfördernden und von Altenpflegeangeboten auf der politischen und der gesellschaftlichen Ebene besser zu berücksichtigen. Jedoch gibt es in Deutschland wenige Kenntnisse über ältere Migrant*innen: Die Lebenssituation von großen Migrantengruppen wie z.B. aus der Türkei wird zwar erforscht, doch älteren Menschen aus anderen Herkunftsländern wurde bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Im ersten Teil beim Fachtag werden Vorträge als Antwort auf die Frage „Wie geht's Ihnen heute?“ gehalten, indem die Ergebnisse einer Befragung in Bezug auf die gesundheitsbezogene Lebensqualität und Altersbilder bei (ost-)asiatischen älteren Migrant*innen in Berlin vorgestellt und Erfahrungen in Zusammenarbeit mit (ost-)asiatischen älteren Migrantengruppen in der Praxis der Altenhilfe sowie aktuelle Aktivitäten von (ost-)asiatischen älteren Migrant*innen beleuchtet werden.

Im zweiten Teil bieten dann drei Diskussionsrunden einen Raum, wo Expert*innen im Bereich der Altenhilfe und ältere asiatische Migrant*innen über Chancen und Herausforderungen zum gesundheits- und teilhabefördernden Leben im Alter in der Migration miteinander diskutiert werden können.

Programm: https://www.gemi-berlin.de/app/download/13632564633/Programm_4.pdf

Anmeldung: <https://www.gemi-berlin.de/deutsch/aktivit%C3%A4ten/fachtag-liebe-asiatische-senior-innen-wie-geht-s-ihnen-heute/>

Kontakt

Jieun Park
E-Mail: jieun.park@gemi-berlin.de

Gesellschaft für Psychosoziale
Gesundheitsförderung bei Migranten/innen
GePGeMi e.V.
Petersburger Straße 92
10247 Berlin

Tel.: (030) 8853 4035
Fax: (030) 5163 6346

Internet: <https://www.gemi-berlin.de>

**06.12., LIFE e.V., Vortrag:
VOM ANKOMMEN UND VOM ANKNÜPFEN
Flucht und Trauma und ihre Implikationen für
Beratung und den Deutschunterricht Erwachsener**

**Mittwoch, 6. Dezember 2017
17:30 – 20:00 Uhr**

**Vom Ankommen und vom Anknüpfen –
Flucht und Trauma und ihre Implikationen für Beratung
und den Deutschunterricht Erwachsener
Die Veranstaltung ist kostenfrei.**

**Veranstaltungsort:
LIFE - Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.
Rheinstraße 45, Aufgang C
12161 Berlin-Friedenau**

Weitere Informationen sowie das Programm im Internet
unter:
[http://www.life-
online.de/download/20171018_Trauma_Flyer.pdf](http://www.life-online.de/download/20171018_Trauma_Flyer.pdf)

Mit Flucht und Migration sind viele Abschiede und Verluste verbunden: von vertrauten Menschen wie von vertrauten Sprachen. Sie stehen nicht mehr selbstverständlich zur Verfügung und eine neue Sprache muss angeeignet werden. Bis in dieser neuen Sprache ein selbstbestimmtes und selbstwirksames Leben wieder aufgenommen werden kann, dauert es meist länger als erwartet.

In dem Vortrag von Frau Mag. Dr. Verena Plutzer wird deutlich, dass die Lebenssituation eines Menschen sein Sprachenlernen in hohem Maße beeinflusst. In der Gestaltung von Beratungssituationen und Unterricht muss dies berücksichtigt werden. Die Referentin hat

langjährige Erfahrungen in der Konzeption und im Unterricht von Deutsch als Fremdsprache. Sie ist ausgebildete Supervisorin und Coach und als Lehrende und Projektbegleiterin im Bereich Sprache, Migration und Flucht für Bildungsinstitutionen tätig.

Die Veranstaltung richtet sich an Beratungs- und Vermittlungsfachkräfte, Dozentinnen und Dozenten und alle, die an Beratung und Sprachvermittlung in Zeiten verstärkter Fluchtmigration interessiert sind.

Kontakt/Anmeldung

Anmeldung an: kollatz@life-online.de

LIFE - Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.
Rheinstraße 45, Aufgang C
12161 Berlin-Friedenau

Heidemarie Kollatz

Tel.: (030) 308798 - 30
Fax: (030) 308798 – 25

E-Mail: kollatz@life-online.de
Internet: <http://www.life-online.de>

**07.12., EIZ, Infoveranstaltung:
WEITERBILDUNGSMÖGLICHKEIT GESUCHT?**

**Donnerstag, den 07.12.2017
In der Zeit von 12:30 – 17:00 Uhr**

**Europäisches Integrationszentrum Berlin gGmbH
Harzer Straße 51-52
12059 Berlin**

Wir möchten Sie bzw. Ihre Klienten/ Interessenten herzlich zu einer Infoveranstaltung in unserm Haus einladen, um sich selbst ein Bild von unseren Weiterbildungsangeboten sowie Serviceleistungen vor Ort zu machen. Wir sprechen Deutsch, Arabisch, Türkisch, Englisch, Farsi/Dari, Paschtu und Kurdisch.

Beratungen zu:

- Sprach- und Integrationsmittler/-in
- Integrationsbeauftragte/r, Manager/in für Migration und Flüchtlinge
- Flüchtlings- und Integrationslotse/-lotsin
- Sicherheitsfachkraft mit Waffen- und Sachkundeprüfung
- Coaching & Zukunftsperspektive, Gruppen- und Einzelcoaching

Sie erwartet

- Begrüßung und Eröffnungsrede
- Vorstellung unseres Unternehmens
- Mögliche Arbeitsstellen / Einsatzorte und –positionen nach der Maßnahme

- Individuelle Vor-Ort Beratungsmöglichkeiten zu den einzelnen Maßnahmen
- Möglichkeit mit ehemaligen und aktuellen Teilnehmern zu sprechen

Das Europäische Integrationszentrum Berlin (EIZ) ist eine Interessensgemeinschaft und ein sozialer Träger mit dem Ziel, die Bildung und Integration sowie die Diversität und den interkulturellen Dialog von Familien, Gruppen und Netzwerken mit Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen und zu fördern. In diesem Zusammenhang bietet das EIZ Berlin seit einigen Jahren erfolgreich durch Jobcenter/ Arbeitsagenturen geförderte Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Integrationsarbeit an.

Weitere Weiterbildungsmaßnahmen finden sie auf <http://www.kursnet.de>, <http://www.wdb.de>.

Die Weiterbildungen können durch das Jobcenter bzw. die Bundesagentur für Arbeit mittels Bildungsgutschein oder die Rentenversicherung gefördert werden.

Kontakt

Europäisches Integrationszentrum Berlin gGmbH
Harzer Straße 51-52
12059 Berlin

Tel.: (030) 56 82 070 15/16
Fax: (030) - 56 82 070 17

E-Mail: info@eiz-berlin.de
Internet: <http://www.eiz-berlin.de>

**15.01., BEFaN Netzwerk:
NETZWERKTREFFEN
Mehrsprachigkeit und Bildung für die
institutionelle Förderung von Mehrsprachigkeit**

**Montag 15. Januar 2018
10:00 - 12:00 Uhr
VIA P92, Schulungsraum
Petersburger Straße 92
10247 Berlin**

Internet: <http://ikmo-berlin.de/event/befan-netzwerktreffen/>

Das BEFaN Netzwerk (Bildung ,Eltern, Familie Nachbarschaft) ist ein berlinweites Netzwerk, an dem viele Migrant*innenorganisationen (MO), Projekte, pädagogische Fachkräfte und weitere Akteure beteiligt sind, die sich aktiv im Bereich Mehrsprachigkeit und Bildung für die institutionelle Förderung von Mehrsprachigkeit einsetzen.

Auch in 2018 wird das BEFaN Netzwerk seine Arbeit zur Einbindung der Potenziale von Mehrsprachigkeit

fortsetzen. Als neues Themenfeld wird im kommenden Jahr „Mehrsprachigkeit im Gesundheitssystem“ behandelt. Unsere Netzwerktreffen finden alle sechs Wochen statt. Wir möchten unser Netzwerk gern erweitern und freuen uns auf neue Netzwerkpartner*innen, die als Mitstreiter*innen diesen Weg mit uns gehen und sich für die institutionelle Förderung von Mehrsprachigkeit aktiv einsetzen.

Unser nächstes Netzwerktreffen findet am 15. Januar 2017 von 10 bis 12:00 Uhr bei VIA Regionalverband Berlin /Brandenburg e.V. statt.

Dokumentation

Der Fachtag Meine Sprache - Meine Stärke „Mehrsprachigkeit in Familie, Kita und Schule“ wurde am Tag der Muttersprache am 21.02.2017 im Rahmen des BEFaN Netzwerkes organisiert.

Die Dokumentation des Fachtages im Internet als Download unter folgendem Link:

<http://ikmo-berlin.de/downloads/>

Kontakt

Julia Große
Projektmanagement
Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA)
Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.
Petersburger Straße 92
10247 Berlin

Tel.: (030) 29 00 71-55
Fax: (030) 29 00 71-54

Internet: <http://www.via-in-berlin.de>

Initiativen

EUROPEANS FOR PEACE, Ausschreibung:
**“CELEBRATE DIVERSITY!
 YOUTH EXCHANGE FOR ALL”**
 Förderprogramm für internationale Jugendprojekte

Frist: **22.01.2018**

EUROPEANS FOR PEACE fördert internationale Austauschprojekte für Jugendliche und junge Menschen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Israel und Deutschland.

Schulen und außerschulische Bildungsträger können sich in internationaler Partnerschaft um die Förderung ihres gemeinsamen Vorhabens bewerben. EUROPEANS FOR PEACE stärkt das Engagement junger Menschen für Menschenrechte und demokratische Werte. Mit dem neuen Thema „celebrate diversity! youth exchange“ sind alle Schulformen und diverse Gruppen eingeladen, sich mit einem oder mehreren internationalen Partnern zu bewerben. Ausführliche Informationen und Antragsunterlagen auf der Webseite: <http://www.europeans-for-peace.de>.

Bewerbungsfrist: 22. Januar 2018.

Der gegenseitige Austausch und die Akzeptanz von inklusiven und vielfältigen Lebenskonzepten sind EUROPEANS FOR PEACE sehr wichtig. In den Projekten können Jugendliche und junge Erwachsene mit unterschiedlichsten Hintergründen zusammenarbeiten. Vielfalt wird im internationalen Austausch erlebbar, im Kennenlernen der Länder und Kulturen und der gemeinsamen kreativen Projektarbeit. Projektvorhaben aller Schulformen und diverse Gruppen sind besonders eingeladen eine Förderung zu beantragen.

Kontakt

Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"
 Judith Blum, Teamleitung
 EUROPEANS FOR PEACE
 Friedrichstraße 200
 10117 Berlin

Tel.: (030) 25 92 97-36, Fax: (030) 25 92 97-11

E-Mail: blum@stiftung-evz.de
 Internet: <http://www.europeans-for-peace.de>
<http://www.stiftung-evz.de/>



Aus Projekten und Vereinen

Jetzt geht es erst richtig los!
EIN JAHR WOMEN'S WELCOME BRIDGE
 Berlinerinnen bauen Brücken

Seit einem Jahr unterstützt die Webseite <http://www.womens-welcome-bridge.de> geflüchtete Frauen beim Ankommen und im Alltag in Berlin. Auf dem digitalen Schwarzen Brett können Berlinerinnen, geflüchtete Frauen und Fraueninitiativen selber Angebote oder Gesuche einstellen und Kontakt aufnehmen.

Mit dem Vorhaben haben sich die Initiatorin des Projektes die Geschäftsstelle Gleichstellung und der Trägerverein Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e.V. einer wichtigen aber zugleich herausfordernden Aufgabe gestellt. „Neben den vielen Angeboten für geflüchtete Menschen, war es uns wichtig, ein frauenspezifisches Angebot zu schaffen, bei dem sich die Frauen sicher fühlen.“, sagt die Initiatorin Dr. Gabriele Kämper von der Geschäftsstelle Gleichstellung.



Geflüchtete Frauen sollen ermutigt werden, die vielfältigen Angebote in Berlin wahrzunehmen. Deswegen hat das Team von WOMEN'S WELCOME BRIDGE im letzten Jahr in vielen Unterkünften die Webseite vorgestellt und die Frauen direkt vor Ort unterstützt, die Seite zu nutzen.

Um Ehrenamtliche für das Mitmachen zu begeistern, war das Team mit Infoständen an vielen Orten in der Stadt und bei zahlreichen Events wie dem Karneval der Kulturen und dem Lyrikmarkt beim 18. Poesiefestival Berlin präsent.

„Wir sind wirklich stolz auf das, was wir im letzten Jahr geschafft haben!“, berichten Inge Keck und Bernhild Mennenga von Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e.V. begeistert. „In einem Jahr haben sich über 300 Nutzerinnen und Initiativen registriert. Derzeit gibt es knapp 200 Einträge auf der Seite <http://www.womens-welcome-bridge.de>.“

Verglichen mit anderen Plattformen für Geflüchtete, sind das hervorragende Zahlen. WOMEN'S WELCOME BRIDGE will aber noch viel weiter kommen. „Das war erst der Anfang – wir wünschen uns noch viel mehr!“, so Dr. Gabriele Kämper. Damit das gelingt, lädt das Projekt am Freitag, dem 24. November 2017, alle Nutzerinnen und Initiativen in die Frauenkneipe BEGEGNE ein. Dort soll das einjährige Bestehen gefeiert werden. „Wir sind sehr an den Geschichten der Frauen und Initiativen sowie ihren Anregungen interessiert. Wir freuen uns auf ihr Kommen.“, ergänzen Inge Keck und Bernhild Mennenga.

WOMEN'S WELCOME BRIDGE bringt Berlinerinnen, geflüchtete Frauen und Fraueninitiativen zusammen und bietet ihnen die Möglichkeit, schnell und einfach Angebote und Gesuche einzustellen. Fraueninitiativen können über ihre Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote informieren. Frauen kommen so in Kontakt miteinander, begegnen und unterstützen sich, lernen voneinander und leben miteinander. WOMEN'S WELCOME BRIDGE eröffnet geflüchteten Frauen die Chance, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Das Projekt wurde von der Geschäftsstelle Gleichstellung der Senatsverwaltung für Frauen initiiert, als Träger fungiert das Bildungs- und Beratungszentrum Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e.V., durch dessen Mitarbeiterinnen die Plattform betreut wird.

AFROPOLITAN BERLIN Programm Dezember 2017

AfroPolitan
Berlin
jung.schwarz.urban

Black Women of Colour Empowerment Group
Speziell für Schwarze Menschen und PoCs
Termin: Mittwochs, 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Teilnahme auf Spendenbasis

Ort: Forum Brasil

The course will be held in English

Anmeldung ab sofort unter: info@afropolitan.berlin

Interaktives Musik- und Tanz-Event
Die Kultur der Götter

Mit Murah Soares & Ensemble

Termin: Samstag, 9. Dezember 2017

19:00 Uhr bis 22:00 Uhr, Eintritt: 5 Euro

Ort: Forum Brasil

Der Abend beginnt zunächst mit der mythologischen Geschichte über die Götter Ogum und Yansã aus dem afro-brasilianischen Götterpantheon, die Murah Soares dem Publikum performativ durch Gesang, Perkussion und Tanz erzählt. Er führt mit seinen Musikern und Tänzerinnen das Publikum mit kleinen Präsentationen in die Tradition der afro-brasilianischen Kultur und ihrer Entstehungsgeschichte ein.

Interaktiv werden die Zuschauer dabei zunehmend zu Mitwirkenden. Als Teilnehmende erhalten sie die Möglichkeit, sich in den Rhythmen und Bewegungen auszuprobieren sowie (erste) Erfahrungen mit diesem sehr ursprünglichen Bereich afro-brasilianischer Kultur zu machen.

Interkulturelles Weihnachtsfest 2017
im Forum Brasil

Tag der Offenheit, der Diversität – ein Festtag!

Mitwirkende Künstler*innen:

**Murah Soares, Karin Bleese, Arigato Melody,
Nasheeka Nedsreal**

Termin: Samstag, 16. Dezember 2017

17:00 Uhr bis 22:00 Uhr

Teilnahme auf Spendenbasis, Ort: Forum Brasil

Das Anliegen des interkulturellen Weihnachtsfestes 2017 im Forum Brasil ist die Stärkung und das Bewusstmachen eines friedlichen Miteinanders und das Feiern der kulturellen Vielfalt. Das Forum Brasil sieht sich als interkulturelles Zentrum der Völkerver-

ständigung, des interkulturellen Dialogs und des sozialen Engagement. Diese Werte zu betonen ist gerade in Zeiten der gesellschaftlichen Spannungen und aktuellen Umbrüche, ein Muss. An diesem Tag soll daher diese Diversität und Offenheit gefeiert werden mit Musik, Tanz und Literatur. Das interkulturelle Weihnachtsfest – ein Tag der Offenheit, der Diversität – ein Festtag.

Infos zu allen Events unter: <http://www.afropolitan.berlin>

Kontakt, Anmeldung und Infos

AfroPolitan Berlin
c/o Forum Brasil e.V.
Möckernstraße 72
10965 Berlin

Tel: (030) 780 960 54

E-Mail: info@afropolitan.berlin

Internet: <http://www.afropolitan.berlin>

**Zu alt für das Ehrenamt? –
Zu behindert für den Job?**

**BUNDESWEIT EINMALIGES PILOTPROJEKT
BEGEHT FÜNFJÄHRIGES JUBILÄUM**

Die Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung (ADB) feierte am 09. Nov. 2017 ihr 5-jähriges Bestehen.



Die Berliner Beratungsstelle ist ein Projekt der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V., dem Dachverband der Berliner Selbsthilfeverbände. Das Projekt ist Berlinweite Anlaufstelle für alle Menschen, die sich auf Grund ihres Alters oder auf Grund einer Behinderung diskriminiert fühlen. In den vergangenen fünf Jahren wurden in der niedrigschwelligen, kleinen Beratungsstelle rund 1.000 Anfragen zu vermuteter Diskriminierung bearbeitet und begleitet.

An der Jubiläumsfeier in den barrierefreien Räumlichkeiten der LV Selbsthilfe nahm auch Justizsenator Dirk Behrendt teil.

Grundlage der Beratungstätigkeit ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das seit 2006 in Kraft ist. Es soll die Merkmale Alter, Behinderung, Geschlecht, Herkunft, sexuelle Identität, sowie Religion und Weltanschauung vor Diskriminierung schützen.

„In vielen Fällen bringt es schon einen Fortschritt für die Ratsuchenden, wenn wir als dritte neutrale Instanz den Vorfall aufrollen, den Diskriminierungsverdacht formulieren und die Gegenseite um eine Stellungnahme bitten. Eine wichtige Aufgabe der Beratungstätigkeit se-

hen wir darin, die Menschen in ihrer Wahrnehmung zu stärken, dass hier etwas Unrechtes geschehen ist und sie mit ihrem Anliegen nicht alleine sind“ so die Projektleiterin Franziska Müller. Dabei müssen die Diskriminierungsfälle nicht zwingend eine rechtliche Grundlage im AGG haben.

Die Anfragen kommen aus den verschiedensten Lebensbereichen wie z.B. Arbeit, Schule, Freizeit, Öffentlicher Personennahverkehr, Wohnung, Ehrenamt, Autovermietung, Reisen etc. Ein wesentlicher Teil der Beschwerden bezieht sich auf den Umgang von Ämtern und Behörden mit ihren Kunden. Dieser wird oftmals als diskriminierend und wenig sensibel in Fragen der besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderung empfunden.

Menschen mit Behinderung haben es häufig auch mit struktureller Diskriminierung zu tun. Hierzu gehört z.B. der Mangel an barrierefreien Wohnungen, das noch immer nicht durchsetzbares Recht auf einen inklusiven Schulplatz für Kinder mit Behinderungen oder auch die vielen Vorurteile von Arbeitgeber*innen gegenüber Bewerber*innen mit Behinderung.

In Fragen der Altersdiskriminierung gibt es ebenfalls zahlreiche Beispiele für strukturelle und individuelle Diskriminierungserfahrungen.

Die ADB wird gefördert durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Diskriminierung.

Über die LV Selbsthilfe Berlin

Die LV Selbsthilfe ist der Dachverband der Berliner Selbsthilfevereine mit 68 Mitgliedsverbänden und deren ca. 50.000 Einzelmitgliedern. Seit über 30 Jahren setzt sich die LV Selbsthilfe Berlin für eine verbesserte Situation von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein und berät Interessierte zu Fragen rund um chronische Erkrankungen und Behinderung. Die LV Selbsthilfe sieht sich als Lobbyverband, der verbandsübergreifend als Ansprechpartner für Senatsverwaltungen, das Abgeordnetenhaus sowie andere Institutionen und Organe in den Fragen des Lebens von Menschen mit Behinderung fungiert. [PM ADB|RED]

Kontakt

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.,
Littenstraße 108
10179 Berlin

Franziska Müller
Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung

Tel.: (030) 27 59 25 27
Fax: (030) 27 59 25 26

E-Mail: mueller@lv-selbsthilfe-berlin.de
Internet: <http://www.lv-selbsthilfe-berlin.de>

12.12., Afrika Medien Zentrum e.V.: DOUHAOU-FEST

Herzliche Einladung zum **Douhaou-Fest**
Dienstag, 12. Dezember 2017, ab 16:30 Uhr
Afrika Medien Zentrum e.V.
Großkopfstraße 6-7
13403 Berlin (U6 Kurt Schumacher-Platz)
Eintritt frei!

Douhaou ist Malinke und bedeutet „Glück“. Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um uns bei unserer letzten Veranstaltung 2017 schon viel Glück für das neue Jahr zu wünschen. Wir blicken auf ein ereignisreiches AMZ-Jahr zurück, lauschen Auszügen aus afrikanischen Must-Reads, schlemmen gemeinsam am internationalen Buffet, tauschen uns aus.

Programm:

16:30 Uhr
Gemütliches Ankommen in der Afrika-Bibliothek

17:00 Uhr:

Lesung aus Werken afrikanischer Autor_innen, die man gelesen haben muss – mit Acèle Nadale, Gründerin und Herausgeberin der Online-Literaturzeitschrift <http://www.afrolivresque.com> (französisch mit Übersetzung ins Deutsche)



ab 18:00 Uhr:
Gemütliches Feiern mit Internationalem Buffet

Eine Veranstaltung im Rahmen des Projekts „Flucht nach vorn – Migrant_innen als Vorbilder“ des Afrika Medien Zentrum e.V., finanziert durch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit und die Robert Bosch Stiftung und das Bezirksamts Reinickendorf im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“.

Kontakt

Afrika Medien Zentrum e.V.
Großkopfstraße 6-7
13403 Berlin

Tel.: (030) 97 89 55 36
E-Mail: info@afrika-medien-zentrum.de
Internet: <http://www.amz-berlin.de>

Afrika Medien Zentrum bei Facebook
www.facebook.com/afrikamedienzentrum

BAYOUMA-HAUS

der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.
Interkulturelles Gemeinwesenzentrum
in Friedrichshain-Kreuzberg

Programm Dezember 2017 (Auszug)**Nachbarschaftsangebote**

Frau Natascha Garay, Einrichtungsleitung
Gesundheit & Kultur, Tel.: 29 04 91 36
E-Mail: n.garay@awo-spree-wuhle.de

Loan Nguyen, Senioren, Gemeinwesenarbeit
Tel.: 29 04 66 12
E-Mail: i.nguyen@awo-spree-wuhle.de

Wir haben für Sie Mo. Di. und Do. 09:00 – 16:00 Uhr,
Mi. 13:00 – 16:00 Uhr, Fr. 09:00 – 13:00 Uhr
und nach Vereinbarung geöffnet.

Beratungsangebote

Montag, 04. Dezember, 16:00 – 18:00 Uhr
Kostenlose Sprechstunde
mit der Rechtsanwältin Frau Bianca Geiß
Schwerpunkte: Sozial- und Familienrecht.
Anmeldung unter Tel. 29 04 9136 erforderlich

Montag, 04. Dezember, 16:00 – 18:00 Uhr
„Frag' die AWO“
Information & Orientierung für Hilfesuchende
Ansprechpartnerin: Belinda Apicella, Tel.: 29 04 66 11

Mittwoch, 06. Dezember, 13:30 – 15:30 Uhr
Kostenlose multilinguale Sprechstunde der AOK mit Serena
Manno zu Fragen der Krankenversicherung (auf Deutsch,
Italienisch, Spanisch u. Englisch)
Termine unter 29 04 91 36

Mittwoch, 13. Dezember, 14:00 – 16:00 Uhr
Kostenlose Sprechstunde zu Mietrecht mit Rechtsanwalt
Hans-Peter Scholz
Terminvereinbarung unter 29 04 91 36

Verschiedenes

Dienstags 10:00 – 12:00 Uhr
Nachbarn öffnen ihre Türen
Offene Sprechstunde für Nachbarn, die sich in unserer Ein-
richtung ehrenamtlich engagieren möchten.
Ansprechpartnerin: Natascha Garay, Tel.: 29 04 91 36

Donnerstag, 07. Dezember, 11:00 – 13:00 Uhr
Italienische vegetarische Küche:
„Cannelloni mit Ricotta und Spinat“
Kochkurs mit Valentina, Anmeldung erforderlich. Teilnehmer-
beitrag 3,50 €

Montags, 20:30 – 21:30 Uhr
Swing-Kurs. Anmeldung unter facebook: bayouma swing oder
bayouma.swing@gmail.com
(Spendenbeitrag: ab 5,- € pro Lektion, es gibt die Möglichkeit
kostenloser Probelektionen)

**Angebote im des
Frauenprojektes Mariposa (Auszug)**

Internet: <http://www.awo-spree-wuhle.de/mariposa>

Frau Belinda Apicella

Kurzberatung in sozialen Fragen, Gruppenangebote (SHG,
Workshops) und Informationsveranstaltungen für Migrantin-
nen, Tel.: 29 04 66 11
E-Mail: b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Sprechstunden:

Dienstags, 13:00 – 16:00 Uhr und
Donnerstags, 10:00 – 12:00 Uhr
Tel. 29 04 66 11

Telefonisch erreichbar: Mittwochs, 13:00 – 15:00

montags, im Wechsel 11:00 – 13:00 und 13:00 – 15:00 Uhr

Hilfe bei Bewerbungen
Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Hilfe bei der Suche
von Stellenangeboten mit Frau Kunze (kostenfrei)
Anmeldung unter: 030 290 466 11 oder
b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Donnerstag, 07.12. + 21.12., ab 15:00 Uhr
IntKiezSpa

Interkulturelle Spaziergänge mit geflüchteten Frauen und An-
wohnerinnen
Mit Amanda lernen Sie Freizeitangebote im Bezirk kennen -
auf Albanisch, Deutsch, Italienisch, Englisch und Französisch
Anmeldung unter amanda.kastrati@gmail.com

Sonntag, den 03. Dezember, 14.00 – 15:30 Uhr
**„Kulturspezifische und generationsbedingte Konflikte
in vietnamesischen Familien“**

Zweisprachiger Vortrag und Diskussion für vietnamesische
Mütter aus Deutschland
Mit Hoang Anh Nguyen, Bachelor für Kinderpädagogik und
Thi Phuong Lan Le, Erziehungsberaterin
Veranstalter: Frauenprojekt Mariposa

Kontakt

Bayouma-Haus
der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.
Frankfurter Allee 110 (zweiter Gewerbehof,
über der Werkstatt „Box im Bogen“. 1. Etage)
10247 Berlin

Tel.: (030) 29 04 91 36 – Fax: (030) 29 04 91 29
E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Ausführliches Programm und Informationen unter:

Internet: <http://www.bayouma-haus.de>
<http://www.bayouma-gesundheit.de>
<http://www.awo-spree-wuhle.de>
<http://www.awo-spree-wuhle.de/mariposa>

Veranstaltungen

ADVENTS- UND WEIHNACHTSMÄRKTE IN BERLIN UND BRANDENBURG 2017

Ab 27.11.2017 ist es wieder soweit: Ende November eröffnen die ersten Weihnachtsmärkte in der Hauptstadt. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe hat auch in diesem Jahr ein Verzeichnis der rund 80 Weihnachts- und Adventsmärkte in Berlin zusammengestellt. Die Liste kann online mit verschiedenen Filterfunktionen (Bezirk/Termine) ab sofort unter

<http://www.berlin.de/weihnachtsmaerkte>

eingesehen werden.

Die gelisteten Märkte bieten vor allem in der Vorweihnachtszeit den Berlinerinnen und Berlinern Kleinkunst, Weihnachtsdekoration, Kunsthandwerk, Glühwein, Punsch und Speisen an. Neben den traditionellen Besuchermagneten am Schloss Charlottenburg, Opernpalais, Gendarmenmarkt oder in der Kulturbrauerei finden sich im Verzeichnis ebenso Weihnachtsmärkte von Kirchengemeinden und gemeinnützigen Veranstaltern, wie den Umwelt- und Weihnachtsmarkt in der Sophienstraße. 47 Brandenburger Weihnachtsmärkte vervollständigen die Liste. Eine gedruckte Liste der Weihnachtsmärkte ist auch im Foyer der

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe
Martin-Luther-Straße 105

in Berlin-Schöneberg kostenlos erhältlich.

**01.12. bis 08.12., Ausstellung:
„DER WEG DES WANDELS“**

**Fotografien
zur aktuellen politischen Lage Brasiliens**

**Vernissage: 01.12.2017, 18-22 Uhr.
Ausstellung 02.12.-7.12.2017, 13-18 Uhr
Vortrag von Mario Schenk am 6.12.2017, 19:00 Uhr**

**Ort: 44 INCH PRINTWORKS
Markgrafendamm 30
10245 Berlin-Friedrichshain**

„Der Weg des Wandels“ - Einladung zur Ausstellung mit multimedialen Arbeiten der Fotografin Hannah Aders. Mit dokumentarischen und inszenatorischen Elementen schaffen ihre Fotografien einen unmittelbaren Impuls zur aktuellen politischen Lage Brasiliens
<http://www.hannah-mundo.de>.

Veröffentlichungen Internet-Tipps

Mehrsprachige Broschüre: JUGENDVERBÄNDE IN BERLIN

Was sind Jugendverbände und was machen sie? Wer arbeitet in Jugendverbänden? Wie finanzieren sich Jugendverbände? Wie kann ich an den Angeboten teilnehmen? Auf diese und weitere Fragen gibt die Informationsbroschüre „Jugendverbände in Berlin“ des Landesjugendring Berlin Antworten - in einfacher Sprache und kurz und bündig im Pixi-Format.

Die Broschüre ist in den Sprachen Deutsch, Englisch, Arabisch, Farsi, Dari, Paschtu und Kurmancî erhältlich und kann insbesondere auch für die Arbeit mit Eltern von jungen Geflüchteten unterstützend sein. Sie ist im Rahmen des BMFSFJ-geförderten Projekts "vom FÜR zum MIT" entstanden.



Die Broschüre steht unter <http://www.jung-gefluechtet-selbstbestimmt.de/broschuere-jugendverbaende-mehrsprachig.html> zum Download bereit oder kann kostenfrei beim Landesjugendring Berlin bestellt werden (<http://www.ljrberlin.de/service/publikationen>).

Neues Internetportal: MIGRATION UND GESUNDHEIT

Das Portal „Migration und Gesundheit“ des Bundesgesundheitsministeriums richtet sich an Migranten und hauptamtliche Helfer, die Zuwanderer unterstützen. Das Internetangebot soll helfen, sich mit dem Gesundheitswesen in Deutschland vertraut zu machen.

Zahlreiche Links zu Broschüren und Informationsmaterialien in mehreren Sprachfassungen informieren über das Gesundheitswesen in Deutschland, die Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung sowie das Thema Sucht und Drogen.

Internet: <https://www.migration-gesundheit.bund.de/de/migration-und-gesundheit/>